

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3.00 RM, monatlich 1.30 RM,
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen...

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 15. Mai 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Artillerieschlacht am Isonzo.

Erbittertes kämpfen bei Bullecourt.
Geisterter Artilleriekampf zwischen Lens
und Quéant, Brunay und Auberville.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Mai
1917. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Aisne, im Hesper- und Wytschaete-Bogen nahm die
Artillerietätigkeit zeitweise zu.

Nachdem das starke Artilleriefener auf dem Kampffeld von
Arros tagsüber stellenweise nachgelassen hatte, setzte es abends
zwischen Lens und Quéant mit erneuter Heftigkeit ein. Englische
Teilvorkämpfe bei Cappy und Hampong scheiterten. Die Kämpfe bei
Bullecourt wurden mit Erbitterung fortgesetzt. In zähem Ringen
behaupteten wir die Trümmerstätte des Dorfes gegen mehrere
feindliche Angriffe.

In St. Quentin wird die Zerstörung durch Beschädigung des
Feindes täglich größer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Aisne-Front ist die Lage unverändert. In der
Champagne erreichte der Artilleriekampf, besonders zwischen
Brunay und Auberville, beträchtliche Stärke.

Der Feind verlor am gestrigen Tage 12 Flugzeuge und ein
Zersplittertes. Leutnant Wolff schoß seinen 30., Leutnant Freyherr
v. Nitzhofen seinen 24. Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Geringe Geschäftstätigkeit.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Sarbar blieb die Artillerietätigkeit
schwach. An einzelnen Stellen gegen unsere Linien vorgehender
Feind wurde abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, amtlich, 14. Mai abends.

Während starke Artillerietätigkeit an den Kampf-
fronten im Westen.

Bei Craonelle, Corbany und Berry-au-
Bac blieben französische Teilvorkämpfe erfolglos.

Der österreichische Bericht.

Wien, 14. Mai 1917. (B. L. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Artillerieschlacht am Isonzo geht ohne Unterbrechung
fort. Das feindliche Feuer steigerte sich mitunter zu größter
Stärke.

Die italienische Infanterie versuchte bei Plava einen
Gandreich gegen einen unserer Höhenstützpunkte; sie wurde durch
ungefährte zugreifenden Gegenstoß geworfen.

Der Stellvertreter des Chefes des Generalstabes
v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Verantwortliche Kriegspolitik.

Die heutige Sitzung des Reichstags wird — kann zum
mindesten ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung sein.
Denn der Reichskanzler ist von zwei Seiten aufgefordert worden,
einwandfreie Klarheit über die Kriegsziele der deutschen
Regierung zu schaffen. Was die Begründer der konservativen
und der sozialdemokratischen Interpellation von ihrem Stand-
punkt aus erklären werden, läßt sich voraussehen. Was Herr
von Bethmann Hollweg ihnen entgegen wird, wissen wir
nicht.

Es soll hier auch kein Rätselraten gespielt werden. Fest-
zustellen ist nur noch einmal, was ein verantwortlicher Staats-
mann erklären muß in einem Augenblick, der vielleicht mehr
Verantwortung birgt als jede der vorangegangenen Situa-
tionen, in denen der Kanzler das Wort ergriffen hat. Denn
nicht nur in Deutschland lauscht man gespannt auf seine
Worte, auch für das Verhalten mindestens eines unserer
großen Gegner werden sie von größter Tragweite sein.

Unter diesen Umständen ist es schwer zu glauben, daß
ein verantwortlicher Staatsmann sich denen zuwenden sollte,
welche die ausgemachte Unverantwortlichkeit
zur Leitschnur ihres Redens und Handelns erkoren haben.
Was man früher der Sozialdemokratie zu Unrecht vorge-
worfen hat, sie agitiere, ohne sich um die Folgen ihrer Agi-
tation zu kümmern, das trifft heute mit Recht und in
vollem Umfange auf gewisse Methoden der alldeut-
schen Agitation zu.

Die Alldeutschen machen sich die Sache sehr bequem. Sie
möchten mit dem Volke verfahren wie ein Erwaachsenener, der
zur Weihnachtszeit ein Kind vor die glänzenden Auslagen der
Geschäfte führt und schmeichelnd fragt: „Willst Du das haben,
willst Du das haben?“ Das Kind schreit natürlich jubelnd
zu allem ja, denn es hat keinen Begriff davon, was die Dinge
kosten und ob seine Eltern auch das Geld haben, sie zu be-
zahlen.

Ein Musterbeispiel dieser Alldeutschen ist der Geheim-
konfistorialrat D. Seeburg, der am Sonntag vor einem
gelben Arbeiterpublikum, dessen Urteilskraft man allerdings
nicht allzu hoch einschätzen darf, seine Agitationskünste hat
spielen lassen. In einem Kommando, um den ihm Mil-
itärbedienen könnten, erklärt der hohe Kirchenbeamte: „Die
Flämische Küste wird nicht wieder herausgege-
ben! Kurland und das Stück von Litauen wird
nicht wieder herausgegeben! Verbunden sind mit
Kurland Livland und Estland! uff, uff.“

Der Geheimkonfistorialrat weiß recht gut, daß solche
Ziele gar nicht zu erreichen sind und gibt zu, daß in den Wein
dieser Forderungen nach manches Wasser fließen wird.
Aber er meint ebenso kleinlich hohsthaft, wie im großen naiv:
„Darum aber brauchen wir noch keine Kamele mit Wasser-
töpfen mitzuführen!“ Um in der Begriffswelt eines Kon-
fistorialrats zu bleiben, siehe sich erwidern, daß eher ein Kamel
durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Kriegsheber in den
Himmel kommt.

Im Ernst: Hier haben wir ein Musterbeispiel verant-
wortungsloser alldeutscher Agitation. Man stellt mit Ver-
worftheit unerreichbare Ziele auf und tröstet sich naiv, wenn
sie auch nicht erreicht würden, schadet es doch nichts, damit
„Stimmung“ zu machen. Darüber, daß dies bißchen Stim-
mung (die Stimmung, die solcher Hypnose bedarf, schätzen
wir sehr gering) mit zehnfacher Mißstimmung bestraft wird,
gibt man sich keine Rechenschaft. Was geb' es die Herren
Alldeutschen an, wenn durch ihre Reden de. Kriegswillen
unserer Gegner immer und immer wieder aufgepeitscht und
der Krieg verlängert wird? — In diesem Zusammenhang
möchten wir auch erwähnen, daß es uns nicht gerade geschickt
erscheint, wenn Herr General Gröner öffentlich den „Kriegs-
riechen Genius“ des deutschen Volkes verherrlicht, in einer
Zeit, in dem die feindliche Agitation unablässig bemüht ist,
das deutsche Volk als eine völlig militarisierte Nation hinzu-
stellen, dessen Gedanken nur auf Krieg und Eroberungen
gingen und das jeder Friedensarbeit unfähig sei. Auf einer
industriellen Versammlung hätte man viel eher darauf hin-
weisen können, daß die kriegerische Leistung des deutschen
Volkes nichts ist als ein Reflex seiner in friedlicher Arbeit
erwonnenen Kraft.

In der alldeutschen Presse wird Herr v. Bethmann
Hollweg ganz unerbötlich aufgefordert, sich der alldeutschen
Agitationstaktik der Unverantwortlichkeit anzuschließen. Die
„Deutsche Tageszeitung“ verlangt von ihm, er solle eine Rede
halten, die dem Siegeswillen des deutschen Volkes klar und
deutlich zum Ausdruck bringt. Also eine Agitationsrede für den
Zerschmetterungsfrieden. Der Kanzler wird sich darüber klar sein,
daß ein leitender deutscher Staatsmann etwas anderes sein
muß als ein bloßer Stimmungsmacher und Agitator. Ist er
davon überzeugt, daß der Frieden nur auf dem Wege

Die Friedensarbeit in Stockholm.

Der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ erhielt von seinem
Korrespondenten aus Stockholm folgendes Telegramm:

Das skandinavische Komitee, bestehend aus Branting,
Gustav Möller und Söderberg, trat Sonnabend nachmittag
zusammen. Als Gäste waren eingeladen: die Belgier Sander-
velde und Guymans, die Holländer Troelstra und
van Kol, der Russe Rubanowitsch und Borabjerg. Es
wurde über die Einladung zum Friedenskongreß verhandelt.

Sandervelde erklärte, daß er die Friedenskonferenz
unterstützen wolle und versuchen werde, die französischen und eng-
lischen Sozialdemokraten zur Teilnahme zu bewegen. Borgbjerg
erhielt einen längeren Bericht über seine Reise nach Rußland
und die Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Der
Bericht wurde mit allgemeinem Beifall ausgenommen.

Man hofft auf ein Zusammengehen der von den Russen wie
der von den skandinavischen Komitee geplanten Konferenz.

Sandervelde erklärte, daß das skandinavische internationale
Bureau infolge der Verhältnisse nicht imstande war, eine Kon-
ferenz einzuberufen, für die er mit Freunden die Initiative dem
skandinavischen Komitee überlasse.

Das Mißverständnis zwischen Branting und Borgbjerg (das
von der bürgerlichen Presse ausgeschlachtet wurde Red. d. S.), klärte
sich durch einen Meinungsaustrausch auf und war damit aus der
Welt.

Ein Antrag zum französischen Nationalrat.

Ausschließung der Deutschen und Oesterreicher.

Die Nachrichtenagentur der französischen Regierung, die
Agence Havas, verbreitet folgende Meldung vom 13. Mai:

Dem Nationalrat der sozialistischen Partei, der zum 27. Mai
einberufen ist, um über seine Haltung zur internationalen Ver-
sprechung von Stockholm zu beraten, haben die Angehörigen
der Mehrheit der Partei einen Antrag zur Abstimmung vor-
zulegen beschlossen, durch welchen die Entschliessung des Vollzugs-
ausschusses bestätigt wird. Die Partei wird danach den Auftrag
seinem französischen Sozialisten erteilen, die Partei in Stock-
holm zu vertreten. Der Antrag sagt, die Versprechung
von Stockholm sei nicht in ordnungsmäßiger Weise einberufen.
Das Fehlen einer genauen Tagesordnung und die mangel-
hafte Beobachtung der Bedingungen für die Vertretung seien
genügend, die gerechtesten Kritiken und die verächtlichsten Mißverständ-
nisse hervorzuheben. Die Internationale sei ohnmächtig gewe-
sen, den Krieg zu verhindern, sei vielmehr zurückgewichen. In dem An-
trag heißt es weiter: Die sozialistische Partei willigt darin, an
der nächsten Zusammenkunft der Internationale teilzunehmen unter
der Bedingung, daß die Einberufung in ordnungsmäßiger Weise
geschehe und eine Tagesordnung festgelegt werde. Die Verant-
wortlichkeit Deutschlands und Oesterreichs soll
festgestellt und ihre Regierungen zu Feinden
der Internationale erklärt werden. Die
deutschen und österreichischen Sozialisten als
Genossen ihrer Regierungen sollen aus der

Internationale entfernt werden. Der Antrag
schließt, indem er an die Internationale die Forderung richtet, die
schuldigen Vertreter des deutschen und des österreichischen Sozialis-
mus in den Anklagezustand zu versetzen.

Aus dieser Meldung geht nicht hervor, ob der Antrag
vom Parteivorstand oder von irgend einer Gruppe verrückter
Extremisten gestellt ist. Aber die Lage scheint doch geklärt
genug, um sagen zu können, daß die deutschen und öster-
reichischen Sozialisten mit allen Kräften für die Beendi-
gung des Krieges eintreten, die französischen Mehrheits-
sozialisten aber für dessen Fortsetzung. Eine Internatio-
nale nach dem Herzen der französischen Bourgeoisregierung
und der französischen Mehrheitssozialisten, die für die Ver-
nichtung Deutschlands, den zügellosen Eroberungskrieg ein-
tritt, brauchte sich gar nicht die Mühe zu geben, die
Deutschen „auszuschließen“: diese hätten gar kein Interesse
daran, Mitglieder einer solchen „Internationalen“ zu sein,
die den blödesten Völkerverhaß predigt und in Nachträumen
schwelgt.

Die Urheber jener Anträge sollten sich ihres verfliegenen
Schwages schämen: wenn auch nicht vor uns, so doch vor den
Russen!

Stellungnahme der Italiener.

Bern, 14. Mai. „Avanti“ beschäftigt sich mit der Stellung-
nahme der offiziellen sozialistischen Parteileitung zur Stock-
holmer Konferenz und schreibt, daß die italienische Abord-
nung sich durch kein sozialdemokratisches Programm, sei es deutsch,
französisch, österreichisch oder englisch, von den Grundsätzen der
Zimmerwalder Konferenz abdrängen lassen werde.
Gegenüber denen, die dies versuchen würden, zeige sich schon heute
klar, daß gleichzeitig mit der Stockholmer Konferenz der Kongreß
der Zimmerwaldischen Sektionen in Stockholm tagen werde, der
entgegen den Versuchen der Verräter an der sozialistischen Sache,
ihren Regierungen zu nähern, die freie Internationale
ohne jegliche nationalistische Verantwortung wiederherstellen lassen
werde. Der sozialistische Friede könne nicht betrieben werden, wenn
nicht das Proletariat der ganzen Welt von der Verantwortung,
welche die Bourgeoisie auf sich geladen habe, freigestellt werde.

„Agenzia Stefani“ meldet aus Mailand: Der leitende
Ausschuß der Partei der offiziellen Sozialisten
nahm folgende Resolution an: In Erwägung, daß alle
Sektionen der Internationale mit Ausnahme der anderen
Verbände, wie dieses recht und billig ist, von dem inter-
nationalen sozialistischen Bureau zu der Konferenz in Stock-
holm einberufen wurden, in Erwägung, daß es den Zusammen-
künften von Zimmerwald und Niental bisher nicht gelungen
ist, eine dritte Internationale ins Leben zu rufen, beschließt
der leitende Ausschuss, eine gegenseitige spätere Entscheidung
vorbehaltend, an der Konferenz teilzunehmen und
alle Zimmerwalder Sektionen einzuladen, sich daran zu be-
teiligen, um das Programm und die Aktion für alle Sektionen
hinsichtlich der Wiederherstellung des Friedens und der
Reorganisation der Internationale festzusetzen.

der Verständigung herbeigeführt, nicht mit Gewalt erzwungen werden kann, — und selbst die „Kölnische Zeitung“ ist davon überzeugt, — so wäre jedes Abgleiten auf den alldeutschen Agitationsweg ein Akt der Unverantwortlichkeit.

Glaubt aber Herr v. Bethmann Hollweg an den Abschluß des Krieges durch einen Verständigungsfrieden, — und wir vermögen nicht einzusehen, wie ein Staatsmann, der nicht agitiert, sondern die realen Möglichkeiten abwägt, an etwas anderes glauben kann, — so besteht für ihn gar kein Grund, sich der von der Sozialdemokratie ausgehenden Parole nicht anzuschließen: „Frieden ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen!“ Ein Kopenhägener mag es für heiliges Prinzip halten, zunächst einen höheren Preis zu nennen, als zu dem er die Ware wirklich loschlagen will. Aber der Reichskanzler kann kein Angebot sehr wohl in einer Form machen, die bei unseren Feinden keinen Zweifel darüber läßt, daß es sich hier um kein Schachergebot handelt, sondern daß hier das Prinzip gilt: „Feste Preise“. Die Gefahr, daß wir beim Angebot eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen mit einem Friedensschluß unter dieser Grenze vorlieb nehmen müßten, ist ein Hirngepöckel derer, die ihre politische Weisheit vom Reutemischer Pferdemarkt beziehen.

Ein solcher Frieden ist weder ein Frieden des Verzichts noch des Standes von vorher. Die Sozialdemokratie verzichtet durchaus nicht auf die Forderungen, an deren Erfüllung die wahren Zukunftsmöglichkeiten des deutschen Volkes hängen, die Freiheit des Welt Handels und die Freiheit der Meere. Ein Frieden ohne Annexionen schließt auch keineswegs die staatliche Selbstständigkeit einzelner Völker aus, soweit diese von ihnen selbst gewünscht wird, ebenso wenig die Verständigung über diesen und jenen Streitgegenstand wie Ausgänge zur See und Regelung von Nationalitätsfragen usw. Ausgeschlossen wird allerdings, daß eine Mindergruppe diktatorisch auftretend diese Dinge allein regelt, soweit es gerade in ihrem Interesse liegt, und da, wo ihr das Umgekehrte vorteilhaft erscheint, neue Unterdrückung schafft, oder alte bestärkt.

Wer glaubt, daß es zu einem Frieden der Verständigung kommen wird und muß, der tut gut, dies heute offen auszusprechen und auch die letzte Konsequenz daraus zu ziehen. Tut er dies nicht, läßt er den Krieg ungehemmt seinen Fortgang nehmen, so setzt er sich der fürchterlichen Gefahr späterer Verantwortung aus. Denn kommt es in dem späteren Stadium doch zum Frieden der Verständigung, so werden die Völker nachrechnen, um wieviel früher sie etwa diesen Frieden hätten haben können, und jeder Staatsmann wird daraufhin angesehen werden, wie weit er diesen Frieden gefördert, wie weit er ihm widerstrebt hat. Für die Kriegsbeher und Eroberungspolitiker aller Länder wird dieser Tag zum Beginn der schwersten Abrechnung werden, und diese Sorge mag für sie auch der innerste Grund sein, warum sie ihn immer noch krampfhaft herauszuschieben suchen.

Die deutsche Regierung hat bisher ihren Willen zur Verständigung betont. Solange sich die Gegner jedem Verständigungsgedanken gegenüber ablehnend verhielten, mochte das genügen, um ihr die Schuld für die Fortführung des Blutvergießens abzunehmen. Heute, wo sich in Rußland ein starker Verständigungswille geltend macht, muß sie einen Schritt weiter gehen, den Schritt, den die verbündete österreichische Regierung bereits getan hat. Unser Rat an den Reichskanzler geht in zwölfster Stunde dahin, seit gegen alle Verlockungen der verantwortungslosen Agitation die Friedensworte zu sprechen, welche die Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes von ihm erfordert.

## Rücktritt Gutschkows.

Petersburg, 14. Mai. Reuter. Kriegsminister Gutschkow ist zurückgetreten.

Was seit Tagen in Sicht gestellt war, ist Tatsache geworden. Der Mann, der nach dem Märzsturz der Revolution von bürgerlicher Seite als der Organisator der militärischen Erhebung gepriesen und alsbald mit dem Kriegsministerium betraut wurde, verläßt seinen Posten.

Dies Faktum hat im Entwicklungsgange der Revolution zweifellos Gewicht. Denn Gutschkow, ob er als Oktobrist auch nicht im engeren Sinne der Parteigänger Miljukows war, ist dennoch jetzt die rechte Hand des russischen Außenministers, der sich auf imperialistische Eroberungsziele festsetzen wollte, gewesen. Fast man seine ganze politische Tätigkeit zusammen, so bedeutet er einen hervorragenden Wortführer und Vertrauensmann des konstitutionell gesinnten Bürgertums, der seit zehn Jahren gegen den Zarismus im Felde stand und der dann, als der Weltkrieg dem Begehren der russischen Kapitalistenklasse nach politischem freierem Bewegen und Aufwinden Möglichkeiten bot, organisierend zugriff: als ein Hauptmatador jener Kriegsindustriekongresse, die dem Zarismus zu beweisen suchten, daß ohne die Kapitalistenhilfe der Kriegesieg ein Unding sei. Daß dieser Beweis nicht vorweg dem Zarismus zuliebe erbracht werden sollte, hat die Kriegshaltung der einflussreichen Regierung zur Genüge dargetan, und wenn jetzt Gutschkow aus dieser Regierung ausscheidet — unter schwarzmalenden Kundgebungen über den Zustand des russischen Heeres —, so liegt es nahe, hinter dem Rücktritt die Ueberzeugung zu wittern, daß dem russischen Imperialismus die gewünschten Trauben für jetzt nicht mehr erreichbar sind.

Es ist allerdings die Frage, ob das Kennen, das Gutschkow aufgibt, nicht von einem anderen in gleicher Richtung fortgesetzt wird. Ob das freilich möglich sein wird, dürfte indes eine Angelegenheit sein, die zumal jetzt nicht von einem Miljukow allein entschieden wird. Daß auch an dem Rücktritt Gutschkows der feste Griff des Arbeiterrats sich bewährt, hat sich bereits erwiesen, und so wird dieser Griff auch bei Bestimmung der Nachfolgerschaft entscheidend mitwirken.

Petersburg, 14. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Sitzung der Vertreter der Front machte Kriegsminister Gutschkow Mitteilung von seinem Rücktritt und verlas folgendes Schreiben:

Unter den Bedingungen, in die die Regierungsgewalt, insbesondere die Amtsgewalt des Kriegs-Ministers in bezug auf Heer und Flotte versetzt ist, Bedingungen, die ich nicht zu ändern vermag und die verhängnisvolle Folgen für die Verteidigung der Freiheit und sogar für den Bestand Rußlands zu

haben drohen, kann ich das Amt eines Ministers des Krieges und der Marine nicht länger ausüben und die Verantwortung für die schweren Fehler, die man am Vaterland begeht, nicht teilen.

## Die Friedenskonferenz des A.- und S.-Rats.

Bern, 14. Mai. Nach dem Petersburger Korrespondenten der „Stampa“ wird der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten zur Vorbereitung der von ihm beabsichtigten internationalen Friedenskonferenz aller sozialistischen Parteien der kriegsführenden und neutralen Länder, sowohl Mehrheiten wie Minderheiten, Ausschüsse aus seiner Mitte in die einzelnen Länder entsenden; gleichzeitig soll eine Abordnung in Stockholm die Friedenskonferenz selbst vorbereiten.

## Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Kein Waffenstillstand gefordert. — Keine Petersburger Arbeitermiliz. — Staatsstreichsgenerale.

Petersburg, 13. Mai. Die Petersburger Telegraphen-Agentur stellt entschieden die Meldung der „Daily Mail“ in Abrede, nach der der Arbeiter- und Soldatenrat einen Waffenstillstand gefordert habe. Die Frage sei von dem Rats nicht einmal aufgeworfen worden. Im Gegenteil arbeite der Rat zurzeit einen Aufruf an die Soldaten aus über die Unzulässigkeit eines Sonderfriedens und der Verbrüderung an der Front.

Bern, 14. Mai. Lyoner Blätter melden aus Petersburg, der Vollziehungsauspruch des Arbeiter- und Soldatenrats habe erklärt, daß eine Arbeitermiliz in Petersburg nicht errichtet werden dürfe.

Petersburg, 13. Mai. Reutermeldung. General Kornilow erklärt seinen Rücktritt damit, daß einige Organisationen die Befugnis zu kontrollieren beanspruchen, und mit dem Verlangen der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, daß er alle seine Befehle dem Rat zur Verfügung unterbreite.

Bern, 14. Mai. Die Enthebung des Generals Ruzki vom Oberbefehl ist nach einem Pariser Bericht der „Stampa“ auf Verlangen des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgt, da Ruzki der einstweiligen Regierung vorgezogen hatte, zu ihrem Schutze seine Truppen nach Petersburg marschieren zu lassen.

Die einstweilige Regierung malt in ihren jüngsten Kundgebungen mit Eifer die Aussicht auf den von links her drohenden Bürgerkrieg an die Wand. Das ist ein Wandler, mit dem sie, scheint's, ihre Sehnsucht nach einem Staatsstreich, der die Macht des Arbeiterrats abschleifen soll, vor den Augen der Öffentlichkeit zu verdecken sucht. Der Arbeiterrat hat den Versuch, der in den Vorgängen der ersten Maiwoche enthalten ist, vereitelt und nun müssen die Generale des Bürgerkrieges von oben fallen.

## Die Sonderfriedensfrage und Amerika.

New York, 13. Mai. Associated Press meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing stellte die Gerichte, daß die Vereinigten Staaten mit irgendwelchen Alliierten ein Abkommen getroffen hätten, keinen Sonderfrieden abzuschließen, mit den Worten in Abrede: Es besteht kein schriftliches oder mündliches Abkommen über den Frieden. Als man in Lansing drang, zu erklären, ob die Frage in nicht formeller Weise erörtert worden sei, lehnte er es ab, den Gegenstand weiter zu besprechen.

## Der Kampf im Westen.

Berlin, 14. Mai. (W. T. V.) An der Arrasfront war am 13. Mai das Artilleriefeuer schwächer als an den Vorzügen und nahm erst gegen Abend größere Stärke an. Die deutsche Luftüberlegenheit ermöglichte es der Artillerie, unter voller Ausnutzung von Ballon- und Fliegerbeobachtung die feindlichen Batterien an der ganzen Front mit guter Wirkung zu bekämpfen. In zahlreichen Stellen explodierten Munitionsniederlagen, und aus mehreren Batteriestellungen schickte die Bedienung. Ein Angriff einer englischen Kompanie gegen den Park von Oppy brach am frühen Morgen des 13. Mai im deutschen Sperr- und Abwehrfeuer zusammen. Die Versuche der Engländer, den Bahnhof und das Dorf Roeux zur Verteidigung auszubauen, wurden durch planmäßiges Artilleriefeuer gestört. Truppenansammlungen westlich Gavrelle gegen Einbruch der Dunkelheit wurden im deutschen Feuer zerstört. Ein 11 Uhr abends an der Straße von Fampoux — Fresnes vordringender englischer Angriff brach im deutschen Feuer zusammen. Der dreizehnte englische Angriff auf Vullécourt scheiterte am Morgen des 13. Mai, der vierzehnte am Abend des gleichen Tages. Trotz des gewaltigen mit Nebelbomben untermischten Trommelfeuers war die tapfere Besatzung nicht zu erschüttern. Im jähen Handgranatenkampfe wurde das Dorf behauptet.

Auf St. Quentin lag starkes Feuer, vor allem auf der inneren Stadt, wo mehrfach Brände ausbrachen.

An der Aisne-Front und in der westlichen Champagne war das Artilleriefeuer verhältnismäßig schwach; lebhafter nur zwischen Winterberg und Straße Corbent-Reims, sowie von der Aisne bis nordwestlich Vermon. Während die französische Offensivbewegung stockt, verbessern die Deutschen ihre Stellungen nordwestlich Brahe und bei Zubincourt durch Vordringen ihrer Infanterielinien. Ebenso gelang eine Verbesserung der deutschen Stellungen auf der Höhe 108. Dieser vollkommen geschlossene und von Granaten um und um gewählte Hügel, der nördlich Berry-au-Vac untermittelt aus der Ebene steigt, flankiert jedes weitere französische Vordringen auf Zubincourt. Trotz stärkster Artilleriewirkung und ungeheurem Menscheneinsatz hatten die Franzosen es nicht vermocht, diesen Schlüssel aus der deutschen Stellung herauszubringen. Die deutsche Besatzung, die sich mit den Franzosen in den Besitz der Spitze teilte, hat jetzt die deutsche Linie vorgezogen. Kühne Stoßtrupps demächtigten sich eines Teiles des vorliegenden Steinbruchs und brachten Gefangene ein. Das daraufhin einsetzende starke französische Artilleriefeuer vermochte an dem deutschen Erfolge nichts mehr zu ändern.

An der Ostfront wurden als Vergeltung für die Beschädigung von Tulcea Bahnhof und militärische Anlagen von Galah mit Feuer und Bomben mit Bomben belegt. Auf dem Bahnhof wurde eine Explosion beobachtet und in Galah an mehreren Stellen Brände festgestellt. Feindliche Batterien, die unser Feuer erwiderten, wurden zum Schweigen gebracht.

## Feindliche Kriegsberichte.

Frankösischer Heeresbericht vom 13. Mai nachmittags. Die feindlichen Artillerien waren im Laufe der Nacht zwischen Somme und Dife und an der Aisne-Front tätig. Heute früh machten die Deutschen heftige Angriffe auf die Hochebene

von Craonne nördlich Reims und in der Gegend von Reims de Champagne. Sie wurden durch Artillerie- und Infanteriefeuer abgeschlagen und stürzten unter schweren Verlusten zurück. Die Franzosen machten Gefangene. In der Gegend von Verdun unternahm die Franzosen zwei vollkommen geglückte Handstreich, die ihnen eine geringe Anzahl von Gefangenen einbrachten. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Vom 13. Mai abends. Der Tag war verhältnismäßig ruhig auf der ganzen Front. Keine Infanterietätigkeit. Unsere Artillerie legte ihr zerstörerisches Feuer gegen die feindlichen Werke und Anlagen fort. Die deutsche Artillerie antwortete nur schwach.

Englischer Heeresbericht vom 13. Mai. In der vergangenen Nacht Patrouillengefächte nordwestlich von St. Quentin nordöstlich von Levirgare (Levirgare?). Dem Feinde wurden Verluste zugefügt und unsere Posten an gewissen Punkten vorgezogen. Der Kampf in Vullécourt geht weiter. Wir rücken unsere Linie in der vergangenen Nacht südlich der Scarpe leicht vor und verbesserten unsere Stellung an den Westhängen des Grönlandhügels nördlich des Flusses. Hierbei machten wir einige Gefangene. Zu Beginn der Nacht wurde ein feindlicher Gegenangriff südlich des Friedhofes von Roeux abgeschlagen. Einige 50 Gefangene blieben in unserer Hand.

Zweiter Bericht vom 13. Mai. Heute am frühen Morgen unternahm der Feind zwei weitere Angriffe gegen die Stellungen in der Hindenburglinie südlich von Vullécourt. Beide Male wurden die angreifenden Truppen zurückgeschlagen und ließen zahlreiche Tote vor unseren Gräben. Während der letzten zehn Tage hielten die Australier prächtig ihre Stellungen in diesem Abschnitt der Hindenburglinie, indem sie während dieser Zeit wenigstens zwölf entschlossene feindliche Gegenangriffe abschlugen. Ein großer Teil des Dorfes Vullécourt, das in der Hindenburglinie liegt, ist jetzt in unserer Hand. Nördlich der Scarpe legten sich unsere Truppen während des Tages in den westlichen Häusern von Roeux fest und machten wieder auf den Westhängen des Grönlandhügels Fortschritte, wobei sie einige Gefangene machten.

## Vor der zehnten Isonzo-Schlacht.

Zu dem Wiederaufleben der Kampfaktivität an der Südwestfront schreibt der militärische Npr.-Mitarbeiter: Seit November v. J. war am Isonzo eine gewisse Frontstarrheit eingetreten, die jedoch nicht darüber hinwegtäuschen konnte, daß die relative Ruhe einen Sturm vorbereitete, der sich früher oder später entladen mußte. Dieser Augenblick scheint jetzt gekommen zu sein, denn der jüngste österreichisch-ungarische Schlachtbericht meldet schwere Artilleriekämpfe bei der Isonzoarmee auf der ganzen Front zwischen Tolmein und dem Meere. Danach scheint es, daß es bald im Südwesten sehr lebhaft zugehen dürfte.

Daß auf beiden Seiten fieberhaft Vorbereitungen getrieben wurden, ist seit langem aus der teilweise sehr regen betriebligen Erkundungstätigkeit bekannt. Trotzdem war es bisher niemals zu nennenswerten Kampfhandlungen gekommen. Gehen jetzt die Italiener zur Offensive über, so muß auch das trotz der langen Vorbereitungen noch überraschen, da man in Italien niemals ein Geheiß daraus gemacht hat, daß der Angriff von der österreichischen Seite aus erwartet werde. Dieser Zustand des Abwartens hatte in weiten Kreisen der italienischen Bevölkerung große Nervosität hervorgerufen, die um so größer war, als man zum erstenmal eine Beteiligung deutscher Truppen an der österreichisch-ungarischen Offensive in Rechnung stellte. Ueber das Maß dieser deutschen Mitwirkung hat man sich in der italienischen Presse wochenlang die Köpfe zerbrochen, und es fanden sich in den Blättern bald Mitteilungen über die Anzahl der deutschen Divisionen, die für diesen Kriegsschauplatz bestimmt seien, bald über die bevorstehende Führung dieser Streitkräfte, die erst Hindenburg, dann Ludendorff zugeschrieben wurde. Diese große Nervosität der italienischen Öffentlichkeit war vielfach, und wohl nicht mit Unrecht, dahin gedeutet worden, daß man italienischerseits die Hoffnungen der Entente auf Entsendung eines größeren italienischen Kontingentes nach Frankreich durch die großen Aufgaben, die der italienischen Armee durch die angeblich geplante österreichisch-ungarische Offensive zugewiesen, zu entkräften wünsche. Tatsächlich sollte sich die italienische Regierung bei den Vierverbandsberatungen in Rom im letzten Januar zur Vereinstellung von Territorialmiliz für den Stappendienst in Frankreich sowie von Arbeitern für die Erzeugung von Kriegsmaterial verpflichtet haben. Eine erhebliche Verminderung der Cadorna zur Verfügung stehenden Truppen war aber wohl niemals in Aussicht genommen und wäre an dem starken Widerspruch der öffentlichen Meinung in Italien gescheitert.

Mit diesen Tatsachen dürfte es im Zusammenhang stehen, wenn der italienische Heerführer jetzt die Zeit für gekommen erachtet, um seinerseits den gerade von Italien stets betonten Anspruch der Einheitsoffensive zu befriedigen. Das völlige Mislingen der französisch-englischen Offensive an der Westfront mag dazu das Seineige beigetragen haben, so daß wir also in dem sich vorbereitenden Angriff Cadornas ein ähnliches Entlastungsunternehmen zu erblicken haben dürften, wie in der inzwischen bereits verunglückten Offensivaktion Generalis Serrails in Mazedonien.

## Die Front in Mazedonien.

Sofia, 14. Mai. Generalstabsbericht vom 13. Mai.

Mazedonische Front: In der Gegend von Bitolia schwaches Artilleriefeuer. Im Cerna-Vogen versuchten mehrere feindliche Abteilungen gegen unsere Stellungen auf der Höhe 1050 vorzugehen, sie wurden jedoch durch unser Feuer leicht zurückgewiesen. Sonst die übliche Artillerietätigkeit. In der Gegend von Maglena bekundeten die Serben eine sehr lebhafteste Gefechtsfähigkeit. Auf Dobropolje den ganzen Tag über heftiges Artilleriefeuer. Gegen Anbruch der Nacht gingen die Serben zu drei wütenden Angriffen vor; sie wurden jedoch jedesmal durch unser wirksames Feuer niedergemagt, und die Ueberlebenden, denen es gelungen war unsere Gräben zu erreichen, wurden mit dem Bajonett niedergemagt. Das tapfere Infanterie-Regiment Jagora Nr. 82 warf durch einen glänzenden Gegenangriff größere serbische Abteilungen endgültig zurück, denen es in den gestrigen Kämpfen gelungen war, sich in einigen unserer Gräben festzusetzen. In den übrigen Abschnitten der Maglena-Front schlugen wir wiederholte serbische Angriffe leicht ab. Westlich vom Bardar spielten sich den ganzen Tag über heftige Kämpfe ab. Der Gegner versuchte mehrere Male zum Angriff vorzugehen, wurde aber jedesmal durch unser Feuer zum Rückzug genötigt. Erst gegen 6 Uhr nachmittags vermochten die Franzosen nach ziemlich heftiger Artilleriebereicherung einen Angriff in mehreren aufeinander folgenden Wellen gegen die Höhen von Jarebina und Vissilowa Rika südlich von Huma vorzutragen. Die mehrere Male wiederholten Angriffe wurden mit blutigen Verlusten für die Franzosen abgewiesen, die an der ganzen Front genötigt wurden, den Rückzug anzutreten, stellenweise in Aufhäufung. Bei Kliska, Mahle und bei Semo südlich von Bewahoff Artillerietätigkeit.

Rumänische Front: Bei Tulcea spärliches Artillerie-, Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Bei Jfacea bereitete Kanonenschüsse.

# Der Krieg auf den Meeren.

## Beladener französischer Truppenschiff versenkt.

Berlin, 14. Mai. Amtlich. Ein unserer im Mittelmeer operierenden U-Boote, Kommandant Oberleutnant zur See Launburg, griff am 30. April den französischen Transportdampfer Colbert (5394 Bruttoregistertonnen), mit Truppen und Kriegsmaterial von Marseille nach Saloniki unterwegs, vor dem Kanal von La Galise an und brachte ihn durch Torpedotreffer innerhalb 5 Minuten zum Sinken.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.  
Der „Canal de la Galise“ ist das Gewässer zwischen der tunesischen Nordküste und der vorgelagerten kleinen Insel Galise.

## Neue U-Boots-Erfolge im Atlantischen Ozean.

Berlin, 13. Mai. Amtlich. 5 Dampfer, 1 Segler, 2 Fischdampfer mit

### 22 000 Brutto-Register-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich u. a. folgende: englische Dampfer Thistleard (4136 Tonnen), Ladung Salpeter, und Patagonier (3832 Tonnen), die englischen Fischdampfer Nerberth Castel und Nestor, italienischer Dampfer Giuseppe Accama (3224 Tonnen), Ladung 3600 Tonnen Mais von Rosario nach Genoa. Der versenkte Segler führte etwa 2500 Tonnen Mais nach England.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Seesperre und Versenkungen.

### Spernung des Hafens von Lowestoft.

Basel, 14. Mai. Havas meldet unterm 13. Mai aus London: Bis auf neue Weisung wird der Hafen von Lowestoft für alle Schiffe außer den englischen und den der Alliierten gesperrt sein.

Madrid, 12. Mai. (Havasmeldung.) Nach „El Liberal“ ist der Frachtdampfer Carmen, von Valencia nach Cetta mit Weinen, in der Nähe von Barcelona versenkt worden.

Castellon de la Plana, 13. Mai. (Agence Havas.) Nach glaubwürdigen Meldungen ist der Frachtdampfer zwischen Oran und Marseille torpediert worden. Eine Anzahl Personen sollen ertrunken sein.

## Zwangsrationierung oder nicht.

Auf die herbe Kritik Lord Curzon's und Lord Bessborough's erwiderte der Nahrungsmittelkontrolleur Devenport: Die Regierung rechnet mit der Möglichkeit noch zahlreicherer Schiffversenkungen und trifft daher Maßnahmen, um unnötige Einfuhren gänzlich auszuschließen. Selbstredend ist es möglich, daß die Versenkungen in erschreckendem Tempo zunehmen und das Erwartete weit übersteigen können, aber sofern die Verheerungen der Tauchboote ein annehmbares Wahrscheinlichkeitsmaximum nicht übersteigen, werden wir hinsichtlich des Brotgetreides mit ziemlich bescheidenden Reserven bis zur Zeit der nächsten Ernte durchhalten.

Hinsichtlich der Fleischversorgung ist die Lage günstig. Die Einfuhr seit Jahresbeginn ist nur wenig niedriger als im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres. Die heimischen Herden sind ebenso groß, wenn nicht größer als je zuvor. Daher wird die Fleischzufuhr, um Platz für andere Güter zu gewinnen, möglicherweise zeitweilig, eingeschränkt werden. Auch wird beabsichtigt, den fleischlosen Tag abzukürzen, da eine Enthaltung des Fleischgenusses den Verbrauch von Brot und anderen schwer beschaffbaren Lebensmitteln unliebsam vergrößert. Die Vorräte an Getreide sind größer als im Vorjahr. Devenport verneint es, sich über die Frage, ob die Einführung der Zwangsrationierung beschließen sei, offen auszusprechen.

Lord Milner erklärte im Namen des Kriegskabinetts, die Regierung prüfe die verschiedenen Rationierungsmethoden, werde aber zur Zwangsrationierung nur schreiten, wenn eine absolute Notwendigkeit vorliege.

Im Unterhause erklärte Vathurst, die Statistiken der Wäcker wiesen im April eine vierprozentige Abnahme der Brotverkäufe gegenüber dem Monat März nach. Er warnte jedoch vor zu frühem Optimismus. Die bloße Tatsache der Abnahme des Verbrauchs sei nicht ausreichend, um von einer Zwangsrationierung abzusehen, falls sie aus anderen Gründen notwendig erscheine. Vathurst erwähnte, daß die Gährarbeit gewisser Pflanzen geprüft worden sei, aber ohne sonderliche Erfolge.

## Die Entente maßregelt griechische Offiziere

Bern, 12. Mai. Voriser Blätter melden aus Athen, Jalmis habe den sieben von der französischen Presse als deutschfreundlich bezeichneten Offizieren Derodactis, Bernarios, Ramos, Tsandos, Tzabalos, Konstantinopolus und Aurelis den Befehl erteilt, Athen zu verlassen und binnen 48 Stunden nach dem Peloponnes abzureisen. Die Offiziere hätten gemeinsame Rücksprache genommen, ob dem Befehl Folge geleistet werden solle. 16 andere Offiziere der Athener Garnison hätten eine Zusammenkunft im Militärkasino gehabt. Gerüchtwiese verlautete, es solle eine Versammlung aller Athener Offiziere einberufen werden. Sie sollten beabsichtigen, sich zum Aufstand zu begeben, obwohl Prinz Andreas sie zu überreden versucht habe, sich nicht zu solchen Ausgebungen hinziehen zu lassen.

## Kleine Kriegsnachrichten.

**Blamenspolitik.** Durch Verordnung des Generalgouverneurs werden die Ministerien für Landwirtschaft, Wissenschaft und Kunst, sowie für Gewerbe und Arbeit, das letztere mit Ausnahme des Patents, Marken- und Patentschutzwesens, mit Wirkung vom 15. Juni ab, in ein plämiertes und ein wallonisches geschieden. Das Gesetzes- und Verordnungsblatt veröffentlicht die Namen der für die beiden Verwaltungsgebiete ernannten höheren Ministerialbeamten.

**Die Stempelsteuer in der Schweiz.** Aus Bern wird gemeldet: Das Schweizer Volk hat die Vorlage über die Einführung einer Stempelsteuer in der Abstimmung am 13. Mai mit rund 180 000 ja gegen 152 000 nein angenommen.

**Auch der Heilige Spons** geht hin. Er veröffentlicht eine Erklärung, er werde sich um die Einführung eines orthodoxen Konzils bemühen. Er betont die Notwendigkeit, die Wahlprinzipien in die Kirchenverwaltung einzuführen.

**Australien und Japan.** In einem Aufsatz an die australischen Soldaten erklärte der australische Premierminister Hughes, daß er dafür einstehe, daß der Grundsat, wonach Australien der weißen Rasse gehören und der gelben Rasse die Niederlassung untersagt ist, aufrechterhalten werde.

# Politische Uebersicht.

## Reichstag.

**Kaligesez. — Dritte Beratung des Etats.**  
Der Reichstag steht unter dem Eindruck des nahe bevorstehenden Abschlusses seiner Beratungen. Ob das Ende der Tagung einen Tag früher oder später eintritt, ist dabei nicht so entscheidend wie der Umstand, daß überhaupt innerhalb kürzester Frist die ordnungsmäßige Möglichkeit für die Abgeordneten, Wünsche und Beschwerden zur Sprache zu bringen, ein Ende hat. Die dritte Lesung des Etats rollt noch einmal sämtliche Möglichkeiten auf. Es ist deshalb niemand sicher, ob nicht bei irgendeinem Etatstitel eine für ihn wichtige Angelegenheit zur Sprache kommt. Der Reichstag ist aus diesem Grunde voller als zu anderen Zeiten, und im Sitzungssaal und in den Wandelgängen herrscht mehr Bewegung als sonst.

Vor dem Eintritt in die dritte Beratung des Etats wurde zunächst debattelos eine Summe zur räumlichen Vergrößerung des Kriegsministeriums bewilligt, sodann in mehrstündiger Erörterung eine Novelle zum Kaligesez beraten. Im allgemeinen herrschte Einverständnis über die Grundzüge des Gesetzes; die Kalipreise sollen erhöht, aber zugleich auch den Arbeitern Feuerzuzulagen bewilligt werden. Im einzelnen waren Widerstände zu überwinden. So wollten die arbeitgeberfeindlichen Elemente unter Führung des Grafen Westarp einen Beschluß des vorbereitenden Ausschusses auf Stärkung der Arbeiterausschüsse und ihre Ausdehnung zu Schlichtungsstellen wieder rückgängig machen. Unsere Genossen Sachsse und Frey behandelten eingehend die Kaligesezgebung und traten insbesondere für die Interessen der Arbeiter im Stahlbergbau ein. Es gelang, den Vorstoß der Unternehmervertreter abzuwehren, was den Konservativen Dr. Arendt zu der feierlichen Erklärung veranlaßte, daß er nunmehr nicht für das Gesetz stimmen könne. Das deutsche Volk wird diesen Schmerz zu tragen wissen.

Bei der dritten Beratung des Etats entwickelte sich beim Reichsamt des Innern eine ausführliche Erörterung über das leidige Thema des Belagerungs-zustandes und der Zensur. Es ist ein Jammer, daß dieses traurige Kapitel der deutschen Kriegsgeschichte noch immer kein Ende gefunden hat, sondern daß es durch neue Rücksichtslosigkeiten der Militärbehörden ständig um neue unerfreuliche Seiten vermehrt wird. Unser Genosse Meerfeld besprach die Angelegenheit in kurzer, nachdrücklicher Rede vom Standpunkt des sachverständigen Zeitungsmannes aus, während später nach erregten Reden der „Unabhängigen“ über Einzelfälle Genosse Landsberg noch einmal in außerordentlich wirkungsvoller, scharf pointierter Zusammenfassung das Gesamtresultat zog und der Regierung klar machte, wie sie sich gerade durch ihr unverständiges Festhalten am Belagerungszustand am deutschen Volke vergeht, das durch eine wunderbare Geschlossenheit im Innern tagtäglich den besten Beweis dafür liefert, daß es solcher überlebter und unwürdiger Fuchstuten wie des Belagerungszustandes und der Zensur wahrlich nicht bedürfe.

## Gegen den Belagerungszustand.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur dritten Lesung des Etats eine Resolution eingebracht, „den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß der Belagerungszustand unverzüglich aufgehoben wird“.

Eine Resolution der Unabhängigen fordert das gleiche und außerdem zwei Gelebenswürfe. Der erste soll gegen Anordnungen der Militärbehörden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig machen, der zweite die Verantwortlichkeit der Militärbehörden nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch im Falle einer Verletzung ihrer Amtspflicht feststellen.

Die Resolution der Unabhängigen ist — zwecks Aufbringung der nötigen Unterschriften — auch von Sozialdemokraten unterzeichnet worden. Zu den Unterzeichnern gehören Ledebour und Landsberg, Haase und Scheidemann. Im ganzen haben zehn Unabhängige und zwanzig Sozialdemokraten unterschrieben.

## Die Pässe für Stockholm.

Der Reichstagsabgeordnete Haase hat folgende Anfrage eingebracht:

Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hat in der Budget-Kommission am 1. Mai 1917 die Erklärung abgegeben, im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen könne er sagen, daß der Ausstellung von Pässen an die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Reise nach Stockholm nichts im Wege stehe.

Der Polizeipräsident von Berlin hat trotz Hinweises auf diese Erklärung des Herrn Staatssekretärs mehreren Mitgliedern der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten die Pässe verweigert.

Ist diese Tatsache dem Herrn Reichskanzler bekannt, und was gedenkt er zu tun, um der Erklärung des Herrn Staatssekretärs Geltung zu verschaffen?

Wir haben schon gestern mitgeteilt, daß in dieser Angelegenheit Zusagen vorliegen, so daß es sich vielleicht um einen Irrtum einer nachgeordneten Stelle handeln dürfte.

## Ein Ausschuss zur Einführung der Friedenswirtschaft.

Auf Antrag der Hamburger Bürgerschaft auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Handel, Schiffahrt und Industrie, zur Vorbereitung der Maßnahmen für Friedenswirtschaft hat der Senat zugestimmt, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu bilden und hat seinerseits 15 Senatoren zu Mitgliedern dieses Ausschusses ernannt.

## Anfrage im Reichstag über Judenverfolgung in der Türkei.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

Ende März 1917 hat Jemal Pascha, der türkische Oberbefehlshaber der Sinai-Front, angeordnet, die jüdische Bevölkerung, darunter deutsche, österreichische, ungarische und bulgarische Staatsangehörige aus Jassa und aus den vor Jassa belegenen Aderbaulolonien und Fruchtplantagen wegzuführen zu lassen. Militärische Rücksichten wurden als Grund der Maßregel angegeben; der Generalkommandant Jemal Pascha hatte sich aber dahin ausgesprochen, daß solche Rücksichten die Räumung jener Wohnstätten nicht gebieten. Nach den hier eingegangenen Berichten sind unter den Augen der türkischen Behörden gegen die ausgetriebene Bevölkerung Gewalttaten und Plünderungen verübt, viele Flüchtlinge getötet worden. Für die Beförderung und die Ernährung der Vertriebenen haben nach jenen Berichten die türkischen Behörden nicht

gesorgt. Kennt der Herr Reichskanzler diesen Sachverhalt? Ist er bereit, auf die osmanische Regierung in solcher Weise einzuwirken, daß — soweit es noch möglich ist — in Palästina die Wiederholung der osmanischen Greuel mit Sicherheit ausgeschlossen werde?

**Ein nationalliberaler Regierungspräsident.** Im „Berliner Lokal-Anz.“ wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, es stehe die Ernennung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten und Landtagsdirektors v. Camp e zum Regierungspräsidenten in Minden in Westfalen bevor.

**Erweiterung des Kriegsministeriums.** Durch den Krieg hat der Aufgabenkreis des Kriegsministeriums eine ungeheure Erweiterung erfahren, so daß die räumlichen Verhältnisse im Kriegsministerium unzulänglich geworden sind. Ein dem Reichstag zugegangener Nachtragsetat fordert als erste Rate 2 400 000 M. zur Erweiterung des jetzigen Gebäudes des Kriegsministeriums durch Ankauf von Nachbargrundstücken und Bau auf diesen. Das ganze Projekt wird auf 5 550 000 M. veranschlagt.

# Letzte Nachrichten.

## Die Friedensinitiative des A- und S-Nats.

**Budapest, 14. Mai.** „Az Est“ wird aus Stockholm gemeldet: Bei der vorbereitenden Sitzung der sozialistischen Friedenspartei ist die Meldung eingetroffen, daß der russische Arbeiter-rat sämtliche sozialistische Parteien, sowohl die der Mittelmächte, als die der Entente-Länder zu einer Konferenz nach Stockholm berufen werde. Der schwedische Abgeordnete Stroom sagte, diese Konferenz werde wahrscheinlich ebenfalls in Stockholm zusammentreten. Die Entente-Regierungen würden nicht umhin können, den sozialistischen Vertretern Plätze zur Teilnahme an dieser Konferenz zu gewähren. Die Entente-Regierungen würden voraussichtlich vermelden, mit dem russischen Arbeiterrat, der einen sehr mächtigen Einfluß übe, in Gegensatz zu geraten. Es ist wohl möglich, sagte Stroom, daß diejenigen sozialistischen Parteiparteien, deren Programm nationalistische oder imperialistische Bestrebungen verrät, genötigt sein werden, es bei dieser Konferenz einer Durchsicht zu unterziehen. Ich halte diesen Schritt, schloß Stroom, für einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum Frieden, weil ich sicher bin, daß der Arbeiterrat sich nicht im Gegensatz zur vorläufigen Regierung befindet, als er diese Einladung erteilt.

## Beziehung von Zeebrügge.

**London, 14. Mai.** Die Admiralität teilt mit: Ein Teil unserer Ober-Streitkräfte führte gestern früh mit Erfolg eine sehr schwere Beziehung von Zeebrügge durch. Unsere Marineluftschiffstreitkräfte waren ebenfalls beteiligt. Ueber fünfzehn Kampfe wurden in der Luft ausgefochten und hierbei vier feindliche Flugzeuge zerstört und fünf zum Absturz gebracht. Zwei von unseren Flugzeugen sind nicht zurückgekehrt, eins davon landete in Holland und wurde interniert.

Hier zu wird von amtlicher Stelle erklärt:  
1. Die Beziehung von Zeebrügge durch englische Seestreitkräfte ist ohne jeden militärischen Erfolg gewesen; geringer Sachschaden ohne jede Bedeutung. 2. Es ist kein einziges deutsches Flugzeug zerstört oder zum Absturz gebracht worden.

## Traktant.

**Konstantinopel, 14. Mai.** Seeresbericht vom 13. Mai. Neuerliche Versuche der Russen, die Biala südlich von Shirwan zu überschreiten, wurden abgewiesen.

## Englische Schiffverluste.

**Amsterdam, 14. Mai.** (Z. U.) Der englische Kreuzer Richard Withe hat die in den letzten Tagen für England verloren-gegangene Tonnage auf mehr als 1 Million Pfund Sterling berechnet.

## Omnibusstreik in London.

**Amsterdam, 14. Mai.** Dem „Handelsblad“ wird aus London gemeldet: Ungefähr 5000 Personen, die zum Londoner Omnibuspersonal gehören, sind gestern in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Kriegszulage von 10 Schilling und protestieren ferner gegen den Beschluß der Londoner General-Omnibus-Co., demzufolge ihr Gewerke nicht länger anerkannt werden soll, da er 2 Klauseln der im September 1913 abgeschlossenen Uebereinkunft getrichen hat.

## Verhaftung des Raubmörders aus der Liebenwalder StraÙe.

Der Kriminalpolizei ist es gestern nachmittags gelungen, den Raubmörder der Witwe Theresie Jochnichen aus der Liebenwalder StraÙe 5 festzunehmen. Er ist ein junger Bursche von 17 Jahren, der Drogist Erwin Krüger aus der KaufhousstraÙe 5.

Krüger, zu dem die Spuren der amtlichen Nachforschung führten, war bei seiner Festnahme, als ihm der Mord auf den Kopf zugesagt wurde, sofort geständig. Der jugendliche Mörder wurde daraufhin nach dem Polizeipräsidium gebracht und einem eingehenden Verhör unterzogen. Krüger, der Sohn achtbarer Leute, hatte im April dieses Jahres seine Lehre beendet und war bis vor kurzer Zeit in einem Geschäft in der Dresdener StraÙe als Gehilfe tätig. Als er hier entlassen wurde, kam er in leichtsinnige Gesellschaft. Er hielt seinen Eltern 150 M. und verbrachte diese. Als der Stiefvater den Diebstahl bemerkt hatte, traute er sich nicht wieder nach Hause zu gehen, trieb sich drei Tage lang umher und sann darüber nach, wie er sich in den Besitz von Geld setzen könne. Er hielt sich hauptsächlich in der Reichbildgrenze Berlins auf, übernachtete in Lauben und kam so auch nach der Liebenwalder StraÙe. Hier kam ihm der Gedanke, die alleinstehende alte Frau Jochnichen zu berauben. Um sie besinnungslos zu machen, nicht zu töten, wie er jetzt angibt, habe er aus einer Laube den Hammer genommen, die Gießrin aufgesucht und seinen Plan ausgeführt. Er fügt noch hinzu, daß er der Gießrin, um sie am Schreien zu verhindern, ein Kopfschloß über das Gesicht gelegt und dann in großer Aufregung und Angst blindlings auf sie eingeschlagen habe. Mit der Beute ergriff er dann die Flucht. Bei dem Kampf hatte er sich Verletzungen am Gesicht und beim Einschlagen der SchloÙe der Zwischen-tür auch an den Händen zugezogen. In der Nacht zum Sonntag übernachtete er in einem kleinen Hotel in der Usasser StraÙe. Die elterliche Wohnung suchte er erst heute früh wieder auf. Als man ihn hier verhaftete, besaß er von dem erbeuteten Gelde noch 60 Mark.

Der Täter, ein schwächlicher Bursche, ist in allen Punkten geständig, bekennt das Verbrechen und weinte bitterlich.

Zur Verhaftung hatte die Angabe eines Schäfers geführt. Dieser hatte am Sonnabendabend an einem Brunnen in der Choriner StraÙe einen Mann gesehen, der sich die blutenden Hände wusch, und wußte von ihm eine genaue Personalbeschreibung zu geben. Auf Grund dieser Beschreibung und nach späteren Bekundungen anderer Personen, die den Verdächtigen gleichfalls beobachtet hatten, wurde der Täter ermittelt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gegen die Fortbildungsschule

Laufen nach wie vor die Innungen Sturm, um der Lehrlingsknappheit abzuhelfen. Das ist aber gerade ein Weg, um das Gegenteil des Gewollten zu erreichen. Denn wenn die Eltern und die Lehrlinge weiter nichts von einer schulpflichtigen drei- oder vierjährigen Lehrzeit haben sollen, als daß den Lehrlingen nur noch eine notwendige gewerbliche Ausbildung zuteil wird und sie nur in einigen Spezialarbeiten Spezialisten werden, was besteht dann noch für ein Unterschied zwischen einem Lehrling und einem Arbeiter? Höchstens der, daß der Lehrling durchweg schlechter entlohnt wird, als der Arbeiter.

Wie die Innungen sich nun die „Reform“ der Fortbildungsschulbesuche der Lehrlinge vorstellen, hat eine jüngst erangene, von den Innungen veranstaltete Umfrage ergeben. Die Schlofferinnung zu Berlin erklärte: Schulzeit auf 6-8 Uhr abends verlegen oder Schulweg aufheben; Tischlerinnung-Berlin: In dieser außerordentlichen Zeit ist notwendig gänzlicher Schluß der Schule geboten; Feuerschmiedinnung: Schließung der Schulen; Malerinnung-Angermünde: Schulweg aufheben; Friseurinnung-Köpenick: Einschränkung, nicht aufheben; Tischlerinnung-Köpenick: Früher habe man über die geringe Schulbildung, welche die Lehrlinge aus der Volksschule mitbrachten, geklagt. Das Handwerk hat bei der Einrichtung der Fortbildungsschule mitgewirkt, aber die erste Voraussetzung war, daß die Lehrlinge durch den Unterricht nicht der Werkstatt entzogen würden. Die Lehrer haben aber dagegen Stellung genommen und darauf gedrängt, daß der Unterricht auf die Tagesstunden verlegt werde. Sie sei dafür, daß die Schulzeit auf die Abendstunden verlegt wird, nicht aber für die Abschaffung der Fortbildungsschule. Außerdem müsse den Lehrlingen höheres Kostgeld gewährt werden: Berliner Väterinnung stimmt dem vorigen zu, wünscht, daß ältere Lehrlinge allgemein vom Unterricht befreit werden.

So sehen also die Wünsche jener Leute aus, die angeblich das ehrsame Handwerk allein vertreten. Es soll aber nicht bloß die Wünsche bleiben, sondern die Berliner Handwerkskammer hat den Beschluß gefaßt, das Ministerium zu bitten, daß die älteren Meister der Lehrlinge vom Schulbesuch befreit werden. Von zahlreichen Innungen im ganzen Reich werden Eingaben vorbereitet oder sind schon eingereicht worden, die auf Schließung der Fortbildungsschulen oder mindestens auf die Verlegung der Unterrichtsstunden auf abends von 6-8 Uhr hinauslaufen.

Erfreulich ist demgegenüber die Haltung der Fortbildungsschullehrer, die für den Unterricht in den Tagesstunden eintreten. Von Beachtung ist, was jüngst der Wiener Fortbildungsschullehrer Franz Jizora auf Grund einer Studienreise in einem deutschen Innungsjournal geschrieben hat: „Allerdings ist hier (in Deutschland) dem Lehrling der Schulbesuch dadurch erleichtert worden, daß er fast ausnahmslos Tagesunterricht ist; dies ist auch der größte Vorzug, den die deutschen Fortbildungsschulen den österreichischen Anstalten gegenüber (die meistens den Unterricht abends und Sonntagvormittags haben) voraus haben. Daß ein erfolgreicher Unterricht mit körperlich und geistig abgepannten Schülern, die oft noch halbe Kinder sind, in den Abendstunden, so wohl auf Seiten der Schüler als auch jenen der Lehrer große Willensstärke und Opfer erfordert, darüber ist sich jeder Schulpädagoge klar, und ich meine, daß dieser Tagesunterricht im Interesse eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses nach und nach überall durchgeführt werden müßte. Ich glaube, es müßte dies zu den Aufgaben einer gesunden Mittelstandspolitik gehören, dem gewerblichen Nachwuchs die Bildungsmöglichkeiten zu erleichtern und nicht durch verlängerte körperliche und geistige Arbeit zu erschweren.“

Und auf einer Tagung am 26. März erklärte Geheimrat Dr. Kühn vom preussischen Landesgewerbeamt:

„Das beste Mittel gegen die schlechten Ausbildungsanstalten seien geordnete Ausbildungsmöglichkeiten; die lückenlose Durchführung der Pflichtfortbildungsschule für Knaben und Mädchen.“

Solche verständigen Worte von Pädagogen sollten auch unsere Innungsleute beherzigen.

Für die Gewerkschaften dürfte sich aber auch empfehlen, nicht diesem unverständigen Treiben der Innungen nur kritisch zuzusehen, sondern ihnen durch gezielte Eingaben, besonders der Gewerkschaftsarbeit, in denjenigen Orten entgegenzutreten, wo sich derartige Bestrebungen der Innungen geltend machen. Die Gewerkschaften verstehen damit nicht nur die Interessen der deutschen Gewerbe und des allgemeinen Volkswohles, sondern auch im Grunde genommen in viel weitestgehender und verständiger Weise die wohlverstandenen Interessen des ehrlichen Handwerks als die Innungen.

## Deutsches Reich.

### Konferenz der Glasarbeiter.

Der Hauptvorstand des genannten Verbandes hielt gemeinsam mit dem Verbandsausführer und den Gauleitern eine Konferenz ab, in der zu den wichtigsten organisatorischen Fragen Stellung genommen wurde.

Ueber „Unsere Lohnbewegungen und die gegenwärtige Teuerung“ referierte der Verbandsvorsitzende. Die Organisation hat nach besten Kräften die Lebenshaltung aller Glasarbeiter gefördert. Da die Gewinne der großen Aktiengesellschaften auch während der Kriegszeit stiegen und die Gewinne der privaten Betriebe nicht geringer sein dürften, so können die von den Industriellen gemachten Zugeständnisse nicht als ausreichend bezeichnet werden. Das Verlangen der Glasarbeiter geht dahin, für ausreichende Lohnerhöhungen einzutreten.

Vom Hauptvorstand wurde eine Denkschrift vorgelegt, in der die sozialen Verhältnisse der Glasarbeiter dargelegt sind. Diese Denkschrift soll dem Reichsminister überreicht werden. Die Konferenz nahm eine Entschiedenheit an, in der ausgesprochen wird, daß die von den Glasindustriellen während der Kriegszeit gewährten Lohnzulagen als nicht ausreichend und zur Erhaltung der Arbeitskräfte notwendig bezeichnet wird. Insbesondere hätten sich die Mitglieder des Gauverbandes deutscher Glasfabriken den Anträgen auf Lohnerhöhung gegenüber ablehnend verhalten. Die Konferenz spricht aber auch aus, daß der Widerstand der Unternehmer gegen eine Erhöhung der Arbeiterlöhne zum Teil auf die Jagdbücherei und Gleichgültigkeit der Arbeiter zurückzuführen ist. Deshalb erachtet es die Konferenz als Pflicht der Arbeiter, energischer und konsequenter auf eine höhere Teuerungszulage durch die Unternehmer zu dringen. — Die Konferenz erhob ferner Protest gegen die Art und Weise, wie die Lebensmittelverteilung im Reich betrieben wird. Die Konferenz erwartet von den Arbeitern, daß sie unbeeinträchtigt und unbeeinflusst von interessierten Seiten die Wege einschlagen, die zu einer besseren Lebenslage für sie führen. Diese Wege sind den Kollegen sowohl aus dem Verbandstatut wie aus verschiedenen Anregungen in Lohn- und Arbeitsfragen bekannt. Insbesondere werden die Kollegen auf eine Denkschrift verwiesen, die soeben an den Reichsminister gerichtet worden ist und in der verlangt werden: Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden, Verrückung der Nachtarbeit, Beseitigung der Sonntagarbeit, Nichtbeschäftigung von Knaben und Mädchen und Frauen an Glashütten usw., Herbeiführung einheitlicher Arbeitszeugnisse, Einführung einheitlicher Lohnsätze (Tarife), Beseitigung von Sonderverträgen über Lohnzahlung, Kündigungszustand oder Entlassung, entgegen den Vorschriften in §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung, Ablehnung der Verpflichtung zur Beschaffung von Hilfsarbeitern durch die Meister und Entlohnung der Hilfsarbeiter auf Kosten der Meister; Ablehnung der Beschaffung und Erhaltung von Arbeitswerkzeugen oder sonstigem Arbeitsmaterial auf Kosten der Arbeiter. Dagegen Anspruchsberechtigung auf Entschädigung von Feuerschäden wegen schlechten Diebstahls, Lohnverlusten wegen schlechten Glases oder sonstiger Betriebsstörungen; Abschaffung des Vorschu-

nehmens auf noch zu verdienenden Lohn und auf Verbesserung, die nachträglich vom Lohn in Abzug zu bringen wären; entschiedenes Eintreten auf Verbesserung der Betriebsräume in gesundheitlicher Beziehung jeder Art, namentlich aber auch der Wohn- und Schlafräume.

Die Konferenz sieht in der Verwirklichung dieser Forderungen, die sie als Pflichterfüllung für die Mitglieder ansieht, eine immense Förderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter für alle Zeiten und erwartet von ihnen, in dieser Weise zu wirken.

Die Konferenz nahm dann zu organisatorischen Fragen Stellung. Die Gauleiter führten lebhaftes Zeugnis, daß die Industriellen auch in der gegenwärtig so schweren Zeit den Versuch unternahmen, die Glasarbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts zu hindern. Durch Gründung von gelben Werksvereinen, Konsumantikatzen usw. werden die Glasarbeiter von ihrer Gewerkschaftsorganisation abgehalten verüht. Ein bekanntes Mittel ist es, den Mitgliedern der sogenannten wirtschaftsriedlichen Verbände Vorteile in den Konsumantikatzen zu gewähren. Das bedeutet eine schwere Gefahr für die Arbeiterorganisationen, denn die Unternehmer verlagern den Beitritt zu diesen Organisationen, ehe sie aus den Konsumantikatzen Vorteile gewähren. Die hier eingeschlagenen Wege zeigen, daß die Glasarbeiter nach dem Kriege die gleichen schweren Kämpfe vor sich haben werden wie früher. Bedauert wurde, daß sich die Industriellen kränken die geringen Verbesserungen des Hilfsdienstgesetzes durchzuführen. Für zahlreiche Betriebe sind die in diesem Gesetz vorgesehene Arbeiterauschüsse noch nicht gewählt und beschweren führen nur langsam zum Ziel. Schließlich wurde die Haltung der Gewerkschaften, besonders die der Generalcommission zu verschiedenen Regierungsergebnissen und zur Ernährungsfrage besprochen. Hierzu nahm die Konferenz folgende Entschlüsse an:

Die Konferenz kann sich mit der Haltung der Generalcommission, wie sie von ihr zu den bekannten Rundgebungen von Reiterungsstellen und des Generalkommandos eingenommen worden ist, sowie mit ihrem Verhalten zu den Handhabung des Hilfsdienstgesetzes, wie sie namentlich in letzterer Zeit von den entscheidenden Stellen beliebt wurde, nicht einverstanden erklären. Sie ist der Meinung, daß, nachdem alle von den Arbeitervertretern gestellten weitergehenden Anträge, welche eine wesentliche Förderung der Ernährungsweise der im Hilfsdienst Arbeitenden zum Zwecke hatten, abgelehnt wurden, und ferner, nachdem auch der Antrag auf Anbau von Landwirte abgelehnt worden ist, die Mitglieder der Generalcommission ihre weitere Mitwirkung im Ernährungsamt zu versagen haben.

## Berlin und Umgegend.

Der Verband der Sattler und Portefeulier hielt am Donnerstag eine Generalversammlung ab. Es wurde der Geschäfts- und Kasienbericht vom ersten Quartal erarbeitet. Die Hauptkassiere rechnete in Einnahmen und Ausgaben mit 16 500 M. — In der Lokalkasse verblieb am Schluß des Quartals ein Bestand von 121 510 M. — Die Berliner Verwaltung hatte einschließlich eines alten Bestandes von 3323 M. eine Einnahme von 5004 M. und eine Ausgabe von 2053 M. zu verzeichnen, so daß ihr ein Bestand von 3040 M. am 31. März verblieb.

Während am 1. Januar 2631 Mitglieder, darunter 515 weibliche, vorhanden waren, betrug der Mitgliederbestand am 31. März 3158, darunter 834 weibliche.

Der Vorsitzende Ernst Schulze führte zum Geschäftsbericht aus: In der Ausstellungsindustrie herrscht Hochkonjunktur. Eine große Zahl Betriebe läßt Leberstunden machen, und leider hat auch Heim- und Zwischmeisterarbeit sich wieder breiter gemacht. Bei Rücksprachen mit den Unternehmern darüber, ob die Leberstunden wirklich so dringend und notwendig seien, erklärten die Fabrikanten, daß sie mit Aufträgen vollauf gedeckt seien und auf eine Reihe von Monaten damit rechnen könnten. Sattler waren in ausreichender Menge nicht vorhanden. Daraus ergibt sich, daß die Zahl der Hilfskräfte und Arbeiterinnen wieder eine Steigerung erfahren hat. — In der Geschäftsbroschüre rangieren namentlich die größeren Betriebe ausnahmslos jetzt unter die Militäreffektenfabrikation. Da trifft daselbst zu, was über die Ausstellungsindustrie gesagt werden konnte. Kleinere Sattlermeister haben sich zu Genossenschaften zusammen getan und übernehmen so gemeinsam Militäraufträge. Die auf Pläne und Zelte Beschäftigten spüren dagegen jetzt herzlich wenig von Militäraufträgen. Die fraglichen Betriebe sind jetzt viel kleiner als früher, da sie auch aus der Privatindustrie wenig zu tun erhalten. In der Treibriemenbranche sind zurzeit nur 50 Sattler beschäftigt, die direkt Treibriemen machen. Eine Anzahl Hilfskräfte werden mit der Verarbeitung leichterer Papierstoffe beschäftigt. Die Reiseartikel- und Portefeulierbranche hat für den ihr verbliebenen Arbeiterstamm reichlich zu tun. — Von der Linoleum- und Teppichbranche ist in Berlin fast gar nichts mehr zu merken. Die Betriebe der Auto- und Wagenbranche sind zur Kriegsindustrie übergegangen. Als reine Kriegsbranche floriert der Flugzeugbau. — Allerdings sind in diesen Betrieben bei den in Frage kommenden Arbeiten in der Mehrzahl Lazarette vorhanden, auch ist eine verstärkte Heranziehung der Frauen eingetreten.

Es wurde eine rege Agitation entfaltet zur Stärkung und Festigung der Organisation. Auch arbeiten die Kollegen tüchtig in den Betriebsausschüssen mit, um zu erreichen, was möglich ist. Zeitversammlungen, die daraus entstehen, wurden bisher in vielen Betrieben aus Verhättnissen der Kollegen entschädigt. Der Vorsitzende ist an die Fabrikanten herangetreten, diese Entschädigungen zu erstatten. Es wurde zugelegt, daß die Hauptversammlung der Unternehmer demnächst zur Regelung der Angelegenheit für alle Betriebe Stellung nehmen soll.

Die Schlichtungskommission hatte eine Anzahl Differenzen zu erledigen.

Bedeutungsvoll für die Entwicklung der Organisation ist ein von der Ortsverwaltung in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten gefaßter Beschluß, den Tarif für die Reiseartikel- und Portefeulierbranche zu kündigen.

Der Kassierer W. Bayer gab dann einige Erläuterungen zum Kasienbericht.

## Parteinachrichten.

### Reichstagsabgeordneter Albrecht als „Unabhängiger“.

Der Kreisvorstand des Wahlkreises Halbe-Neuenleben veröffentlicht im Magdeburger Parteiblatt nachstehende Erklärung:

Mit Bedauern haben wir festzustellen, daß der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, Herr Albrecht, nicht allein aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden ist. Damit verzichtet er selbst auf den Anspruch, noch als der von den sozialdemokratischen Wählern des Wahlkreises gewählte Reichstagsabgeordnete zu gelten, da er weiß, daß diese nur ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei als ihren Vertreter im Reichstage anerkennen können.

### Die „Opportunisten“ Kautsky und Haase.

Der Stuttgarter „Sozialdemokrat“ bringt das Referat Hederts auf der Gothaer Konferenz der „Unabhängigen“, aus dem trotz starker Kürzungen zu ersehen ist, wie feindselig die nur für Parteizwecke einigen Unabhängigen einander gegenüber stehen. Hedert war dem „Zentrum“ (Kautsky und Haase) zue, daß ihre Politik nicht grundsätzlich sei und keinem klaren Ziele zustrebe. „Das Zentrum will den Frieden nur, weil der Krieg kein Honig ist. Der bürgerliche Pazifismus, die Kriegsmüdigkeit der Massen, das ist das Zentrum.“ Auch Eisner mußte sich sagen lassen, daß er für den rechten Radikalismus noch nicht studieren ist. „Und so kommt es, daß wir gegen eine ganze Reihe von Genossen, die hier unter uns

sind, noch ein gewisses Mißtrauen hegen. Das gilt ganz besonders vom Genossen Eisner.“

## Kampfmethode der „Unabhängigen“.

Das Bochumer „Volkblatt“ teilt mit, daß in Harpen und Loer „Unabhängige“ Parteibeiträge unter Verwendung alter Parteimarken einforderten. Dieser Versuch wird verfolgt werden. Hauptträger der Verführungsbewegung ist in diesem Revier ein gewisser Bindow, der, ohne selbst in seinem Parteiamt etwas geleistet zu haben, die Propaganda gegen die Einheit der Partei mit allem Eifer betreibt. Nun wird von seinen Freunden das Gerücht verbreitet, er sei wegen seiner politischen Gesinnungen ohne Gehalt entlassen worden. Das Bochumer Parteiblatt stellt dazu fest: „Er ist nicht ohne Gehalt entlassen worden, sondern er hat sich vor seinem Abgange 1063,84 M. widerrechtlich angeeignet und erst nach Einreichung der Anzeige hat er 335 M. zurückzahlen sich bequemt, wie er für die als sein Gehalt für drei Monate einbehaltenen 729 M. auch auf gerichtliche Aufforderung die fälligen Zinsen eingeschickt hat.“

In einer Parteiverammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Offenbach teilte der Parteisekretär Neumann mit, daß die „Unabhängigen“ in Offen nur in Friedberg-Büdingen einige Gefolgschaft haben, weil hier der Kreisvorstand auf die Fahne der Nahe und Leberhour schwört.

In einer Konferenz des siebenten Reichstagswahlkreises, den Genosse Schmidt-Meißner betritt, wurde der Antrag auf Anschluß an die „Unabhängigen“ mit 37 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Schmidt gehört der in der alten Fraktion verbliebenen Mehrheit an. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist ob dieses Ergebnisses erzürnt und wirft dem Abgeordneten Schmidt „zweideutige Politik“ vor.

Ganz erfolglos sind die „Unabhängigen“ in München und Köln. In München stellten sich die Reichstagswahlkreise I und II mit 300 gegen — 4 Stimmen auf Seiten der Mehrheit. Die „Unabhängigen“ haben nun eine eigene Partei gegründet und sindlich dreizehn Anmeldungen erzielt. Ebenso kläglich ist ihre Tätigkeit in Köln. Die dortige Rheinische Zeitung hat den Abonnementstand der letzten Friedensmonate bereits wieder überschritten — ein deutliches Zeichen, daß die vielberufenen „Massen“ nicht hinter den „Unabhängigen“ stehen.

Die „Vorarlberger Freie Presse“ teilt mit, daß der Landtagsabgeordnete A. Ged sich in Karlsruhe als Referent der dortigen Ortsgruppe der „Unabhängigen“ in einem Ansehen anmelde, aber nicht erschien. Dafür stellte er in der Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Offenbach sein Verhalten als so harmlos hin, daß man ihn dort schon als wiedergeborenen Sohn betrachtete, bis die Mitteilung des Parteivorstandes die Offenbacher Genossen über die eigentümliche Doppelrolle Ged's aufklärte.

Uebertritt zu den Unabhängigen. Der 15. sächsische Reichstagswahlkreis beschloß am Sonntag in einer Kreisgeneralversammlung gegen eine starke Minderheit, sich der Unabhängigen Partei anzuschließen. Die Kreisgeneralversammlung setzt sich nicht zusammen aus Vertretern der einzelnen Parteiorde, sondern findet in der Weise statt, daß jeder im Kreise wohnende Genosse daran teilnehmen kann. Bei der großen Ausdehnung des Kreises haben es dadurch einzelne größere Orte leicht, sich die Mehrheit zu sichern. Die Unabhängigen haben auch keine Mühe gehabt, ihre Anhänger aus den einzelnen Orten nahezu vollständig herbeizuschaffen. Der Vertreter des Kreises, Genosse Stücken, hatte vorher die Erklärung abgegeben, daß er sich von der Partei auf keinen Fall trennen werde. Zu der Minderheit, die den Austritt aus der Partei ablehnte, gehören u. a. bedeutende Parteiorde wie Wittweida, Frankenberg, Eppendorf u. a.

### Eine neue italienische Reisegruppe nach Rußland.

Vor kurzem sind die Abgeordneten Raimondo, Cappadocia und Labriola auf einen Monat nach Petersburg gereist, um sich dort mit den russischen Genossen zu besprechen. Sie werden vermutlich im Sinne der Entente in Petersburg zu wirken suchen. Der Delegierte der offiziellen, d. h. kriegsfeindlichen italienischen Sozialdemokratie in Petersburg, das Parteivorstandsmitglied Morgari, soll nach der „Informazione“ aus Petersburg nur auffallend kurze Berichte nach Rom senden. Vorige Woche habe seine Meldung in folgenden Worten geendigt: „Es ist hier noch sehr kalt.“ Diese Woche: „Endlich fängt die Sonne an zu scheinen.“ Wenn das wahr ist, — die „Informazione“ sucht natürlich die Sozialdemokratie lächerlich zu machen, — dann muß die Jenfer in den Morgari-Berichten schon gehaut und dieser selbst von Cadorna viel gelernt haben.

Genosse Ebert ist abermals von einem schweren Verlust betroffen worden. Von seinen drei Söhnen ist nun auch ein 3 to e i t e r gefallen! Der dritte steht noch im Felde.

## Berichtszeitung.

Große Rindermishandlungen kamen in einer Verhandlung vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I gegen die Zeitungshändlerin Katharina Föckel zur Sprache. Bei der Angeklagten wohnte eine Armenienpflanzerin Winkler, die eine achtjährige Tochter besitzt, die die Winkler erkrankte, übertrug sie der Angeklagten die Erziehung ihrer Tochter und gestattete ihr, im Bedarfsfalle das Kind auch zu züchtigen. Am 18. Januar d. J. wurde nun die Kleine auf der Bodentreppe sitzend aufgefunden. Eine Untersuchung ihres Körpers ergab zahlreiche blaue Flecke, Wunden am Kopf und an beiden Schenkelbrühen, die von Schlägen und Fußtritten herrührten. Die Angeklagte hatte das Kind derartig geschlagen, daß es sich nicht wieder in die Wohnung wagte, sondern lieber trotz der großen Kälte auf der Treppe blieb. Das Schöffengericht hatte die Angeklagte wegen schwerer Mishandlungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsinstanz führte Rechtsanwalt Dr. Puppe durch mehrere Zeugen, insbesondere die eigene Mutter, den Nachweis, daß das Kind die Angeklagte durch Unwahrheit und Unsauberkeit wiederholt gereizt habe, und im übrigen es sich vielfach bei einzelnen der behaupteten Vorgänge um Hauskatzschändelungen handle. Der Verteidiger beantragte daher die Herabsetzung der Strafe. Das Gericht kam gleichfalls zu einer milderen Auffassung und ermäßigte die Strafe auf 6 Wochen Gefängnis.

Auch Kessels Rindermehl wird in der Kriegszeit von unberechtigter Preissteigerung nicht verschont, wie eine gegen den Kaufmann Rudolph Lohse vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte Anklage beweist. Eine Frau, die das Rindermehl bei dem Angeklagten gekauft und mit 1,75 M. hatte bezahlen müssen, hatte das Strafverfahren veranlaßt, weil sie wußte, daß der Preis nur 1,40 M. ist. Der Staatsanwalt beantragte 400 M. Geldstrafe, namentlich mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um ein Nahrungsmittel handle, das für die Ernährung und Kräftigung des heranwachsenden Geschlechts bestimmt ist. Das Gericht erkannte auf 300 M. Geldstrafe.

Wärfische Spielvereinigung. Die Resultate des Jahresturniers: Vorrunde: Spiel I: Adlershof — Neuenhagen 3:0, Lindenwalde I — Richte II 2:0; Spiel II: Richte I — Belten 2:1, Reutshän — Lindenwalde V 2:0; Spiel III: Wilmersdorf II — Lindenwalde III 2:0, Wilmersdorf I — Richtenberg 3:0. Zwischenrunde: Wilmersdorf I — Lindenwalde I 2:1; Richte I — Reutshän 2:1; Wilmersdorf II — Adlershof 0:0; Wilmersdorf I — Adlershof 4:0; Richte I — Wilmersdorf II 1:1. Endspiel: Wilmersdorf I — Richte I 5:3.

Wetternachrichten für das mittlere Norddeutsche bis Mittwochs mittag. Nach östwärts fortwährenden Gemütern etwas häufiger: vorwiegend wolkig und an vielen Orten leichte Regenfälle.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Tiedrich, Berl.-Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reutshän; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Der Reichstag über Zensur und Belagerungszustand.

108. Sitzung, Montag, den 14. Mai 1917, vormittags 11 Uhr.

Vom Bundesrat: Dr. Gelfferich, Roedern, Kraelle. Der Reichstag hat die Erweiterung des Reichsministeriums...

Zweite Lesung der Kaligesehnbelle.

Der Ausschuss hat eine Erhöhung der Kalipreise in das Gesetz eingefügt und u. a. die Gewährung von Steuererleichterungen...

Abg. Sasse (Soz.): Bei der Notlage der Kalindustrie hätte die Preise schon längst erhöht werden müssen...

Abg. Sasse (Soz.):

Nicht etwa der Krieg hat die schlechte Lage der Kalindustrie herbeigeführt, sondern schon 1913 konnten die meisten Werke keinen Gewinn auskulten...

Werke wie Pilze aus der Erde

geschaffen, von 65 ist aber ihre Zahl auf 207 gestiegen. 1900 wurde unsere Resolution auf Ueberhebung des Kalibergebühres...

Nachzahlung vorenthaltener Löhne

angeordnet worden, aber infolge des harten Arbeiterwechsels wurde das häufig nicht durchgeführt...

die Zivilisierungen die gesetzlichen Löhne

erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die oben erwähnte Löhnerhöhung von 25 Pf. ist vielfach den Arbeitern...

Abg. Gotthein (Sp.):

Die Erhöhung der Kalipreise, die der Ausschuss beschlossen hat, ist in Wirklichkeit von den Interessenten gemacht worden...

Abg. v. Brockhausen (L.):

Trotz mancher Bedenken werden wir der Vorlage zustimmen, denn die Kalindustrie muß während des Krieges leistungsfähig erhalten werden...

Abg. v. Brockhausen (L.):

Trotz mancher Bedenken werden wir der Vorlage zustimmen, denn die Kalindustrie muß während des Krieges leistungsfähig erhalten werden...

Abg. v. Brockhausen (L.):

Trotz mancher Bedenken werden wir der Vorlage zustimmen, denn die Kalindustrie muß während des Krieges leistungsfähig erhalten werden...

Unterstaatssekretär Richter:

Nach Erhöhung der Kalipreise ist es wünschenswert, daß auch die Arbeiter entsprechende Lohnzuschläge

besommen. Aber der Antrag der sozialdemokratischen Partei erreicht das nicht. Er steht auch geradezu im Widerspruch mit dem vorhergehenden § 2. Das Recht, Lohnstreikigkeiten zu verhindern...

Abg. Arendt (Dt. Fr.):

Ein Kalimonopol würde sich sicher sehr wenig empfehlen. Auch die Arbeiter müssen Zeit haben an der Wasserleitung der Werke...

Es handelt sich um den Ausbau von Notmaßnahmen, und deshalb stimmt, ich meine zu. Der Antrag Anrid (Soz.) würde nur, Anlaß zu Unzufriedenheit und Herabsetzungen geben...

Abg. Dr. Cohn (Unabh. Soz.):

Wie das Mädchen aus der Fremde lehrt jedes Jahr ein Kaligeseh wieder, das Preissteigerungen für die Unternehmer bringt. Dem Antrag Anrid stimmen wir zu...

Abg. Drey (Soz.):

Unter Antrag zu § 20 a fordert durchaus nichts Unmögliches. Die klare Absicht der Resolution Westarp ist einen gesunden Gedanken des Arbeiterrechts nicht zur Wirklichkeit kommen zu lassen...

Abg. Sasse (Soz.):

wendet sich gegen den Antrag Westarp. Die Messerspitze von Rechten die den Arbeiterauschüssen in den Kommissionsbeschlüssen gegeben sind...

Abg. Sasse (Soz.):

Es wird sofort in die dritte Lesung der Robelle eingetreten. Abg. Dr. Arendt (Dt. Fr.) erklärt, daß er auf Grund der Beschlüsse der zweiten Lesung gestungen sei...

Abg. Sasse (Soz.):

Das Gesetz wird hierauf in der Fassung der zweiten Lesung auch in dritter Lesung angenommen.

dritte Lesung des Etats.

Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragt, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen.

Abg. Gasse (Unabh. Soz.): Nach dem Beschlusse des Seniorenlombents soll der Etat des Reichskanzlers morgen auf die Tagesordnung gesetzt werden...

Einige kleinere Etats werden in dritter Lesung debattelos verabschiedet.

Beim Etat des Reichskanzlers des Innern werden die Fragen der Zensur, des Belagerungszustandes zur Debatte gestellt.

Abg. Meerfeld (Soz.):

An den Verhältnissen auf diesem Gebiete hat sich seit den letzten Debatten herzlich wenig geändert. Mit fataler Regelmäßigkeit erleben wir dieselben Fehler, Uebergriffe und Unvorsichtigkeiten der Zensur...

wahre Hohn auf die Freiheit

und Bedeutung der Presse. (Sehr wahr! links.) Das alte Wort des Herrn von Ladden-Ziegler ist verwirklicht: Pressefreiheit ja, aber mit dem Galgen daneben...

„Ich befehle der Zeitung“

usw. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Als die Zeitung diesem „Befehl“ nicht nachkam, erhielt sie einen sehr scharfen Verweis. Von Friedrich dem Großen stammt das Wort...

unerhörte Einzungung selbst der sachlichen Berichterstattung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr von Batschli selbst steht unter Zensur...

verbieten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Feldenschiedchen der Zensur werden ein der dunkelsten Blätter in der Geschichte dieses Krieges bilden...

die Aufhebung des Belagerungszustandes,

die Einschränkung der Zensur auf die allergeringsten militärischen Gebiete, die Generale müssen über die Grenzen ihrer Befugnisse eindringlich belehrt und für jede Ueberschreitung ihrer Befugnisse haftbar gemacht werden...

Abg. Dr. Stresemann (nall.) fragt, wann der Gesandtschaftsbericht über den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu erwarten ist.

Staatssekretär Gelfferich: Ich hoffe, daß er dem Reichstag bei seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden können.

Abg. v. Brockhausen (L.) teilt für einen Antrag Westarp ein, unbeschadet der Selbstständigkeit der Einzelstaaten in Verleumdungen die erforderlichen Vorarbeiten zur Aufstellung eines einheitlichen Planes über einen einheitlichen Ausbau von Wasserstrahlen anstellen zu lassen...

Staatssekretär Dr. Gelfferich: Ueber unsere wirtschaftliche Mobilisierung ist es wohl besser, erst nach dem Kriege zu sprechen. Die Einfuhr von Auktern wurde verboten, um nicht deutsche Valuta für nicht absolut notwendige Dinge ins Ausland gehen zu lassen...

Dr. Meiser (nall.): Dem Antrag über das Wohnungswesen stimmen wir zu, den über den Ausbau der Wasserstrahlen lehnen wir ab, weil der Reichstag ja schon unsern weitergehenden Antrag auf Errichtung eines Reichswasserbauamts angenommen hat...

Abg. Vorkämpfer (Sp.) protestiert gegen zu weitgehende Beschränkungen des Aus- und Einfuhrhandels, insbesondere der Weineinfuhr.

Ministerialdirektor Müller betont, daß bei der Beschränkung der Weineinfuhr davon ausgegangen werde, daß Wein nicht in erster Linie Nahrungsmittel sei.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.):

Die Reorientierung werden wir erlämpfen müssen, weil die feinsten das Volk unter dem Druck des Belagerungszustandes, der seine Bewegungsfreiheit hemmt. Am schlimmsten wird die Arbeiterchaft davon betroffen...

Der Opposition innerhalb der Sozialdemokratie ist fast durchgängig verboten, in ihrer Presse Artikel über die russische Revolution zu bringen. Mit dem „Kollaps“ in Halle wird seit dem 7. Mai verhandelt...

Frauenversammlungen verboten.

Die politische Polizei ist die Ueberbringerin aller dieser Maßnahmen der Militärbehörden. Die Militärs sollten es unter ihrer Würde halten, sich als Handlanger der reaktionären Polizeiorgane herzugeben. (Vizepräsident Dove hebt diesen Ausdruck.) Natürlich gelingt es durch all solche Gewaltmaßnahmen nicht, die Bestimmung zu unterdrücken...

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Gerade die Rede des Abg. Dittmann hat den Beweis erbracht, daß der Belagerungszustand nicht aufgehoben werden kann...

Abg. Hansen (Däne) beschwert sich über Uebergriffe der Militär- und Zensurbehörden in Schleswig-Holstein; in den Parlamentsberichten wird herangezogen, daß rechtzeitige Erscheinen der Zeitungen wird verhindert...

Ministerialdirektor Lewald verweist den Redner auf den im Gesetz vom 20. Dezember 1918 geregelten Beschwerdeweg; bei der durch dieses Gesetz eingeführten Beschwerdestelle sind bis zum 1. Mai 22 Beschwerden eingegangen...

Abg. Bernstein (Unabh. Soz.):

Bei Artikeln für Zeitungen und Wochenschriften hat der Beschwerdeweg gar keine Bedeutung. (Lebhaftes Beifall bei den unabh. Soz.) Die Pressefreiheit ist nicht ein Recht des Schriftstellers, sondern ein Recht des deutschen Volkes...

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Wenn wir nach dem Wunsch des Staatssekretärs Helfferich auf die Erörterung dieser Dinge verzichteten, so wäre das das ungeeignetste Mittel...

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Selt dem Gesetz vom Dezember vorigen Jahres haben die Zustände sich erheblich gebessert, das ist in der Kommission anerkannt worden. Einzelne Verstöße darf man nicht ausnützen...

Abg. Landsberg (Soz.):

Der Abg. Bernstein hätte wohl den Abg. Davd benachrichtigen sollen, daß er seinen Streitfall mit ihm hier zur Sprache bringen wollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Worte des Staatssekretärs Helfferich unterschreibe ich...

Korruption aller Kreise

des Volkes führen, oben und unten. (Leb. Zustimmung.) Und munter man nun schon drei Jahre lang zu, unser Schicksal an politischer Bildung durch politische Voreingenommenheit zu erleiden...

Abg. Herzfeld (Unabh. Soz.):

Der Staatssekretär muß wissen, daß wir keinen schmählichen Frieden erstreben, sondern einen Frieden der Versöhnung ohne Annexionen. Das ist nach unserer Ueberzeugung ein Frieden, der für jedes Volk ehrenvoll ist...

Schwarze Kabinett

daß die 48er Revolution beseitigt zu haben glaubte, ist jetzt wieder eingeführt; die Briefzensur ist an der Tagesordnung. Es besteht eine Anordnung des Oberkommandierenden vom 1. Januar 1915...

erklären sich für unzuständig. Deshalb beantragen wir, daß wenigstens das Verwaltungsstreitverfahren gegen die Briefzensur zugänglich sein muß...

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Bestarp wird abgelehnt, der Antrag über das Kleinwohnungswesen wird angenommen.

Die weitere Staatsberatung wird auf Dienstag 10 Uhr vertagt. (Vorher kleine Anfragen und Kriegszielinterpellationen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Reichtagsausschuß für das Hilfsdienstgesetz.

Der Ausschuss beschäftigte sich in der Sitzung am Montag mit den nach dem Hilfsdienstgesetz zu errichtenden Arbeiter- und Angestelltenausschüssen.

Er hat sich in einer früheren Sitzung auf den Standpunkt gestellt, daß die Regierungen der Einzelstaaten nach § 11 Absatz 2 des Hilfsdienstgesetzes nicht berechtigt seien, Vorschriften über die Tätigkeit der Ausschüsse zu erlassen...

Der Berichterstatter für die Petitionen, Bauer-Breslau (Soz.), weist darauf hin, daß trotz vielfacher Beschwerden eine Frist, innerhalb welcher die Wahlen zu den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen vorgenommen werden müssen, immer noch nicht bestimmt sei...

Unterstaatssekretär Dr. Richter erklärt: Die Reichsleitung stehe noch in Verhandlungen mit der preussischen Regierung. Sie sei bestrebt, den Wünschen des Reichstags Rechnung zu tragen. Dem Ausschuss werde wahrscheinlich bald der Entwurf einer Verordnung zugehen...

Der Referent Bauer beantragt, eine Petition der „Unabhängigen“ gegen das sühnendmögliche Aufsichtungsrecht der Verwaltung in dem Bundesrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Er weist gleichzeitig darauf hin, daß in den industriellen Betrieben der See- und Marineverwaltung trotz des Beschlusses des Reichsausschusses vom 9. Februar d. J. Arbeiter- bzw. Angestelltenausschüsse nach den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes immer noch nicht gewählt seien...

Admiralitätsrat Harms erklärt, daß die Marineverwaltung keinen so großen Wert auf diese Bestimmung lege. Seiner Erinnerung nach sei in den letzten 25 Jahren sehr davon Gebrauch gemacht worden. Er sei bereit, dem Staatssekretär des Reichsmarineamts Vortrag zu halten und hoffe auf eine befriedigende Lösung dieser Frage...

Ein Vertreter des Kriegsamts verteidigt die Bestimmungen über Auflösung der Arbeiterausschüsse, sagt aber schließlich gleichfalls wohlwollende Prüfung zu. Die Arbeiterausschüsse sollen zu einem Drittel neu gewählt werden; weiter werde die Militärverwaltung nicht gehen können. Die Abgg. Siebel, Gothein, Schiffer-Forken und Carstens stellen sich sämtlich auf den Standpunkt des Referenten und üben scharfe Kritik am Verhalten des Kriegsamts...

Schließlich stimmt der Ausschuss einem Antrag Gothein zu: Der Ausschuss erneuert bezüglich der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in industriellen Betrieben der See- und Marineverwaltung seinen Beschluss vom 9. Februar 1917 und überweist im übrigen die Petitionen den verbündeten Regierungen zur Berücksichtigung.

Eine weitere Petition der Unabhängigen für das einheitliche Angestelltenrecht erjudet um Erlaß einer Vorchrift, wonach auch für die dem Titel VII der Gewerbeordnung nicht unterliegenden Bureauangestellten, insbesondere der Versicherungsgesellschaften, Angestelltenausschüsse errichtet werden müssen.

Der Referent beantragt, die Petition dem Bundesrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Unterstaatssekretär Richter erklärt, die Berechtigung der Wünsche der Petenten nicht bestreiten zu wollen. Um sie zu erfüllen, sei jedoch eine Änderung des Gesetzes nötig, zu der aber ein zwingender Grund nicht vorliege. Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse werden in den Frieden mit herübergenommen werden müssen, und dann könnten auch die Versicherungsgesellschaften mitberücksichtigt werden. Abg. Siebel (Soz.) trat dafür ein, daß die Änderung des Gesetzes schleunigst vorgenommen wird. Die Angestellten der Bureaubetriebe unterständen den die persönliche Freiheit des Einzelnen einschränkenden Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes; sie müßten also auch den Schutz des Gesetzes genießen. Abg. Carstens (Frisch. Sp.) ist derselben Meinung. Auch Abg. Schiele (L.) erkennt die Berechtigung der von den Petenten erhobenen Forderungen an, kann aber einer Änderung des Gesetzes nicht das Wort reden.

Die Petition wird dem Bundesrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Versicherungsfragen im Hauptausschuß. Arbeitsverhältnisse in Spandau und Hanau.

Am Montag begründete Hildbrand (Soz.) den Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 alsbald geeignete Maßnahmen anzuordnen, wonach alle vor dem 1. August 1914 abgeschlossenen Lebensversicherungen von Kriegsteilnehmern und deren Angehörigen, für welche während der Dauer des Krieges die Prämienzahlung eingestellt wurde, bis drei Monate nach Friedensschluss dadurch wieder in Streit gesetzt werden können, daß die Versicherungsnehmer die nicht bezahlten Prämien zinsfrei nachbezahlen oder verlangen können, daß der Beginn und Endtermin der Versicherung ohne Kürzung der Versicherungssumme um den Zeitraum hinausgeschoben werden, während dessen Prämien nicht bezahlt wurden. Dieser Antrag war ursprünglich im Plenum des Reichstags gestellt und vom Plenum dem Ausschuss überwiesen worden. Giesberts (Z.) erklärte sich mit dem Kern des Antrages einverstanden, jedoch ersuchte ihm die Frist „bis drei Monate nach Friedensschluss“ zu kurz. Ein Vertreter des Aufsichtsrats für Privatversicherung wendet sich gegen den Antrag, weil er nicht bestimmt genug ausdrücke und in der Sache über das Ziel hinausschieße. Er empfiehlt, daß die Angelegenheit selbst dem Aufsichtsrat und den Vereinbarungen mit den Versicherungsgesellschaften überlassen bleibe. Waldstein (Sp.): Der Regierungvertreter spreche zu sehr vom Standpunkt der Versicherungsgesellschaften aus. Der Grundgedanke müsse unter allen Umständen durchgeführt werden. Am besten sei es, möglichst allgemein den Beschluß zu fassen. Er empfiehlt folgenden Wortlaut: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf Grund des § 3 des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 alsbald Anordnungen zu treffen, durch die das Aufsichtsrat für Privatversicherung ermächtigt wird, in solchen Fällen, in denen die durch den Krieg verursachte Nichterfüllung der Vertragspflichten das Erlöschen von Versicherungsverträgen bewirkt hat, das Wiederaufleben der Versicherungsanträge herbeizuführen. Staatssekretär Dr. Helfferich empfahl dem Abg. Waldstein vorgeschlagenen Wortlaut, da er mehr Spielraum lasse als der sozialdemokratische Antrag. Abg. Hildbrand zog darauf seinen Antrag zugunsten des Antrags Waldstein zurück, worauf letzterer Antrag einstimmig angenommen wurde. Dierauf wurden die

Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben besprochen. Bähler (Unabh. Soz.) und Hoch (Soz.) brachten die Beschwerden der Arbeiter in den Pulverfabriken und anderen

Staatsbetrieben vor, wobei Abg. Bähler insbesondere auf die Verhältnisse in Spandau, Abg. Hoch auf die Zustände in Hanau einging. Insbesondere rügten die Redner, daß die Arbeitszeit viel zu lang sei und die Schutzvorrichtungen nicht immer den Anforderungen entsprächen. Die Bezahlung bei Alltagsarbeit werde den Arbeitern nicht zeitig genug bekanntgegeben. Die Kantinenwirtschaft gebe zu vielen Klagen Anlaß. Rotwendig sei, daß die Arbeiter einen entscheidenden Einfluß auf die Geschäftsführung der Kantinen erlangen. Die Verbindung der Spandauer Arbeiter nach ihrem Wohnort sei oft sehr ungenügend. Ganz besonders sei es zu rügen, daß in den Staatsbetrieben noch immer kein Arbeiterausschuß nach zeitgemäßen Grundsätzen gebildet werde. Wahlberechtigt seien nur die Arbeiter über 30 Jahre, wenn sie bereits zwei Jahre im Betriebe tätig sind, und gewählt werden dürfen sogar nur solche Arbeiter, die schon fünf Jahre im Betriebe tätig sind. Unter allen Umständen müßten die Arbeiterausschüsse jetzt endlich nach dem Wahlrecht gewählt werden, das im Hilfsdienstgesetz festgelegt sei.

Der Vertreter des Kriegsministeriums versicherte, daß alle Beschwerden aufs gründlichste untersucht werden sollen. Wichtig sei es, daß die Arbeiter stark angestrengt würden. Es sei das Bestreben des Kriegsministeriums, die Arbeit soweit zu erleichtern und die Arbeitszeit soviel zu verkürzen, wie unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Der Lebensmittelpreis in den Staatsbetrieben sei geregelt und Mitglieder der Arbeiterausschüsse sowie andere Arbeiter seien bei der Leitung der Lebensmittelverteilung zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen. Die Schutzeinrichtungen seien aufs Beste ausgebaut. Neue Arbeiterausschüsse nach den Grundsätzen des Hilfsdienstgesetzes sollen jetzt gewählt werden; jedoch soll damit nicht auf einmal vorgegangen werden, weil dann die Gefahr besteht, daß die früheren Mitglieder der Arbeiterausschüsse, auch wenn sie sich bewährt haben, mit einem Schlag aus ihren Ämtern entfernt würden. Vorgefrieben sei, daß jetzt ein Drittel der Mitglieder der Arbeiterausschüsse neu gewählt, und dann sollen in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen das zweite und später das dritte Drittel neu gewählt werden.

Hoch und Bähler wiesen dagegen nach, daß es höchste Zeit sei, mit der Verkürzung der Arbeitszeit und der vollständigen Neuwahl der Arbeiterausschüsse vorzugehen.

Industrie und Handel.

Die Zukunft des deutsch-russischen Handels.

Ohne Zweifel ist eine kräftige Belebung des deutsch-russischen Warenverkehrs ein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Interesse beider Länder aufs innigste zu wünschen, um so mehr, als in keinem Lande vor dem Kriege die erfolgreiche Arbeit des deutschen Kaufmanns, Ingenieurs und Arbeiters so fertig angegriffen wurde als in Rußland. In einem interessanten Artikel weist nun Wedemann im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ darauf hin, daß die schon im Frieden teils durchgeführten, teils nur geplanten Maßnahmen gegen den deutschen Handel sich nicht gegen Deutschland und das Deutschtum an sich richteten, wenn es auch nach einer nationalistischen Presse manchmal so schien.

Der kurz vor dem Kriege beschlossene russische Getreideeinfuhrzoll sollte zwar zuerst das Getreideeinfuhrsystem zu Fall bringen, darüber hinaus aber der russischen Regierung ein wichtiges Druckmittel zur Erniedrigung der deutschen Getreidezölle gegen die Reichsregierung an die Hand geben. Ziele also die russische Regierung auch gegen eine besondere Richtung der deutschen Handelspolitik, so war der Uebung letzter Zweck doch eine Intensivierung des Handelsverkehrs unter starker Berücksichtigung russischer Interessen, keineswegs aber nationalistische Abschließung.

Eine andere Absicht der russischen Regierung war die Erhebung eines Ausfuhrzolls auf Futtermittel, um damit die deutsche Viehhaltung zu erschweren und die russischen Grundbesitzer gleichzeitig anzuweitem, selbst ein hochwertiges Vieh heranzuzüchten und den Export von Fleisch, Milch, Butter und Käse zu pflegen. Mit anderen Worten: Deutschland wollte Rohprodukte sozuzagen zur landwirtschaftlichen Veredelung beziehen, während Rußland selbst hochwertige Qualitätsprodukte liefern will. Also auch hier besteht keine absolute Verkehrsfeindschaft, sondern ein bloßer Unterschied in den wirtschaftlichen Interessen, der von beiden Völkern begriffen werden soll und schließlich friedlich mit gegenseitigen Zugeständnissen wohl gemildert werden kann. Aber auch dieser Gegensatz wird nicht sofort sinnlos gemacht, weil Deutschland nach dem Kriege Futtermittel zur Fütterung seines Viehbestandes nicht haben wollen, Rußland aber vorerst an Vieh und andere zu denken hat, ehe es die Post guter Ochsen und ergiebiger Milchkuhe in den Vordergrund rückt.

Ueber die industrielle Einfuhr Deutschlands nach Rußland ist vor allem zu sagen, daß sie in demselben Maße als sich die russische Industrie entwickelt, abnimmt, wenigstens soweit Fertigtwaren in Betracht kommen. Nur die ausgezechneten und billigen Produktionsmittel Deutschlands finden in Rußland einen breiten Markt, sind aber natürlich dazu bestimmt, mit der deutschen Fertigtwarenindustrie in scharfer Wettbewerb zu treten. Bedenkt man beurteilt die Aussichten der deutschen Industrie nach dem Kriege in Rußland überaus günstig und stützt sich dabei vor allem darauf, daß sich Rußland während des Krieges selbst zu einer besseren Würdigung der deutschen Technik durchdrang, daß Deutschland sprachkundige Vertreter in Rußland hat, daß andererseits viele Russen Deutsch beherrschen und daß schließlich die deutsche Industrie mit langen Zahlungsfristen arbeitet.

Wir können uns diesem optimistischen Urteile nicht in vollem Umfange anschließen, so sehr wir wünschten, Unrecht zu haben. Amerikaner und Engländer sind während des Krieges nicht müßig gewesen und haben sich sicherlich bereits eine kaufmännische Organisation geschaffen, die vielleicht nicht so wunderbar elastisch ist, wie es die deutsche vor dem Kriege war, aber die von dem lebhaftesten Ehrgeiz dazu besetzt ist, und die in ihrer Propagandatätigkeit vorläufig auch nicht durch den deutschen Wettbewerb gestört wird. Die langen Zahlungsfristen werden auch in dem Augenblick für den deutschen Lieferanten schwerer zu bewilligen sein, als das Geld nach dem Kriege teurer wird. In dieser Beziehung werden besonders Nordamerikaner, trotz ihrer bisherigen Abneigung gegen lange Zahlungsfristen, die schärfsten Wettbewerber werden. Schon jetzt haben sie Bankniederlassungen gegründet, welche für den amerikanisch-russischen Kreditverkehr eine gewichtige Rolle spielen.

Trotz aller dieser Schwierigkeiten haben und drüben bleibt eine für die Handelsbeziehungen der beiden Länder bestimmende große Tatsache bestehen: ihre örtliche Nähe. Und weiter die Tatsache, daß Rußland für seine landwirtschaftlichen Produkte keinen anderen als den deutschen Markt findet. Ein uraltes Gesetz des Handels zeigt, daß der Einfuhr die Ausfuhr folgt und umgekehrt. Und so wird es auch hoffentlich recht bald zwischen diesen beiden Ländern der Fall sein.

Soziales.

Die Versicherung der Angehörigen ausländischer Staaten.

Immer noch entstehen Streitigkeiten und Zweifel über die Versicherung der Angehörigen feindlicher Staaten. Wir stellen das geltende Recht deshalb noch einmal zusammenfassend fest.

Die Kriegsgefangenen unterliegen als unfreie Personen auf keinem Gebiete der reichsgesetzlichen Versicherung.

Die übrigen in Deutschland arbeitenden Angehörigen feindlicher Staaten sind nach mehrfachen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts im Hinblick auf die ihnen behördlicherseits auferlegten Beschränkungen dem Grundgesetz nach ebenfalls als unfrei anzusehen und demgemäß der deutschen Arbeiterversicherung nicht unterworfen. Dieser Grundgesetz ist jedoch in folgenden Beziehungen durchbrochen worden. Zunächst ist die während des Krieges im

bestehende Gebiet angetretenen russisch-polnischen Arbeiter, die freiwillig und mit Genehmigung der zuständigen Behörden nach Deutschland gekommen sind, um hier zu arbeiten, als freie Arbeiter und danach als versicherungspflichtig angesehen worden. Die Entscheidungen, in denen dies ausgesprochen ist, haben allerdings an Bedeutung verloren, nachdem am 5. November 1916 das Königreich Polen wiedererrichtet worden ist und die Angehörigen dieses Königreichs damit nicht mehr als Angehörige eines feindlichen Staates angesehen werden können. Die aus dem bestehenden Gebiet Russisch-Polen stammenden bisherigen russischen Staatsangehörigen, die sich in Deutschland aufhalten, unterliegen seit jenem Tage ausnahmslos der deutschen Arbeiterversicherung. Inzwischen bleiben die Entscheidungen sinngemäß für die aus anderen Gebieten stammenden Angehörigen feindlicher Staaten in Geltung. Demnach hat der Bundesrat durch Verordnung vom 20. November 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1247) die seit Beginn des Krieges in Deutschland befindlichen Angehörigen aller feindlichen Staaten den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Krankendversicherung unterstellt. Inzwischen sind durch Verordnung vom 23. Januar 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 79) diejenigen Angehörigen feindlicher Staaten, welche, ohne Kriegsgefangene zu sein, auf Grund von Maßnahmen der deutschen Oberverwaltung zum Zwecke ihrer Beschäftigung nach Deutschland gekommen oder überführt worden sind, den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Kranken- und Unfallversicherung unterstellt worden. Schließlich hat der Bundesrat durch Verordnung vom 30. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 301) die Angehörigen feindlicher Staaten, die wegen der ihnen auferlegten Beschränkungen der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung nicht unterliegen, allgemein diesen Vorschriften unterstellt.

### Ungültigkeit von Vorschriften über die Grund- und Gebäudesteuer.

In die Grundsteuerordnung der Stadt Stettin, die die Steuer nach dem gemeinen Wert bemisst, war durch Nachtrag folgende Bestimmung aufgenommen worden: „Der Steuerveranlagung für das Steuerjahr 1915 ist der gemeine Wert vom 1. April 1914 zugrunde zu legen.“ Unter Anwendung dieser Vorschrift hatte nun der Stettiner Magistrat den Kaufmann Dahle wegen eines Grundstückes in der Dohnstraße für das Jahr 1915 zu einer Grundsteuer herangezogen, die nach dem gemeinen Werte von 450 000 M. bemessen wurde. Durch Einspruch verlangte D. die Bemessung der Steuer nach einem gemeinen Werte von 425 000 M. Der Magistrat ermäßigte den gemeinen Wert auf 442 000 M. und ermäßigte dementsprechend die Steuer; im übrigen verwarf er den Einspruch. Den durch Klage erhobenen Anspruch auf weitere Ermäßigung wies der Bezirksauschuss ab. Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz setzte die Steuer auf 1912 M. fest, indem es einen gemeinen Wert von 425 000 M. zugrunde legte, also nach dem im Einspruch erhobenen Ansprüche des Klägers erkannte.

Vergleichen wurde ausgeführt: Die Steuerordnung müsse für ungültig erachtet werden. Das Kommunalabgabengesetz lasse für die Grundsteuer verschiedene Maßstäbe zu, unter anderem den Nutzungsertrag und den gemeinen Wert. Immer aber gehe es davon aus, daß zum Gegenstande der Steuer das Grundstück in der wirtschaftlichen Verfassung gemacht werde, die es am Beginn des Steuerjahres habe. Allerdings lasse das Gesetz dabei zu, daß der Nutzungsertrag oder der gemeine Wert nicht lediglich ohne Unterlage geschätzt werde, sondern daß für die Feststellung für das fragliche Jahr auch zurückgegangen werden könne auf Merkmale, die in der Vergangenheit liegen. Die Stettiner Steuerordnung wolle aber etwas anderes. Nach der erwähnten Bestimmung sollen die Grundstücke nicht besteuert werden in der wirtschaftlichen Verfassung bei Beginn des Steuerjahres, sondern sie sollten besteuert werden nach der Verfassung und dem Werte, den sie in einem früheren Jahre hatten, nämlich für 1915 nach der Verfassung und dem Werte aus dem Jahre 1914. Das sei unzulässig. Daraus ergebe sich die Ungültigkeit. Deshalb würde der Kläger ganz freigestellt werden müssen, wenn er im Einspruch auf der Klage die gänzliche Freistellung beantragt hätte. Das habe er nicht getan. Ueber den Anspruch, der im Einspruch erhoben sei, könne der Richter nicht hinausgehen, da der Einspruch die Grundlage der Klage bilde. Somit habe nur eine Ermäßigung in Höhe des Verlängens im Einspruch eintreten können. (VIII. C. 165. 16.)

# Groß-Berlin

## Die „Ausbietung“ der Englischen Gasanstalt.

Der Endtermin für die Angebote auf Erwerb der der Englischen Gesellschaft gebörenden Gasanstalt ist, wie wir mitteilten, der 15. Mai. Die Angebote bleiben bis zum Abend dieses Tages ungesichtet, dann werden sie einer Prüfung unterzogen und dem preussischen Handelsministerium zur Entscheidung vorgelegt. Ein Versteigerungstermin findet nicht statt. Die Englische Gasgesellschaft besitzt hier eine ganze Anzahl von einzelnen Gaswerken, aus denen neben vielen Vororten auch große Teile von Berlin mit Gas versorgt werden. Unter den beteiligten Gemeinden machte sich ursprünglich eine rivalität um den Erwerb der in folge des Krieges in Liquidation gebrachten Anstalt geltend; später aber hat sich eine Gruppe von Gemeinden verständigt, um einen gemeinsamen Erwerb herbeizuführen. Wie berichtet wird, beabsichtigen Berlin, Wilmersdorf, Schöneberg und die Landkreise Teltow und Niederbarnim den gemeinschaftlichen Ankauf. Obwohl von diesen mit der Regierung, in deren Händen die Entscheidung über den Zuschlag liegt, verhandelt worden ist, hat man dennoch eine öffentliche Ausbietung vorgenommen, ob aus formalrechtlichen Erwägungen, oder um den Preis in die Höhe zu treiben, darüber fehlt bisher die gebotene Aufklärung. Jeder kommunalpolitische Beobachter weiß, daß die Verleumdungsanstalten, genau wie die Wasser- und Gaswerke, die Betriebsbetriebe ihrer ganzen Natur nach in die Hände der Gemeinde gehören; um diesen Standpunkt zu vertreten, braucht man nicht auf dem Boden des sozialdemokratischen Kommunalprogramms zu stehen, das hinsichtlich der Forderung des Eigenbetriebes bekanntlich viel weiter geht. Was soll also die Ausbietung? Will die Regierung den Zuschlag gegebenenfalls einem Konfession von Privatkapitalisten erteilen, wenn dieses erheblich höhere Angebote gemacht hat als die Gemeinden? Wir halten es für gänzlich unmöglich und würden dagegen den allerhöchsten Einspruch erheben. Wir finden es unerhört, daß in dieser wichtigen Angelegenheit die Öffentlichkeit ohne genügende Information ist.

Wenn, woran wir nicht zweifeln wollen, die Englische Gasanstalt in Gemeindefestigkeit gelangt, so wird die Erwerbungs kommunalen Kohlenfelderbestandes in größerem Umfang eine unabweisbare Notwendigkeit.

## Die neue Konfervenverteilung für Berlin.

Es wird berichtet: Der Berliner Magistrat hat dem Reichsverband der Feinkosthändler mitgeteilt, daß bei der Konfervenverteilung für kommenden Herbst der Handel in weitestem Umfang herangezogen werden solle. Die Händler können bei den Fabriken Konferven selber bestellen, nur erfolgt die Lieferung an die Gemeinde, die die Ware bis zur Freigabe aufbewahrt und sie alsdann an die Händler, die sie bestellt haben, zuführt. Die Händler bestimmen selber, welche Mengen sie verlaufen wollen und sind also nicht mehr auf die Verteilung der Ware angewiesen. Die Stadtgemeinde ist, wenn gegen die Ware keine Bedenken vorliegen, jederzeit bereit, sie für eigene Rechnung zu übernehmen, was wird in diesem Falle dafür hinfällig sorgen, daß die ursprünglichen Besteller sie auch erhalten. Der Magistrat weist dann nochmals darauf hin, daß die Berliner Bevölkerung in diesem Jahre besonders auf Konferven angewiesen sein wird, die der Handel heranzuschaffen wissen müsse. Von der Mäßigkeit des Handels werde die Versorgung Berlins mit Konferven abhängen. Hier biete sich dem Handel die lange ersehnte Gelegenheit, seine Leistungen auf dem Gebiete der Versorgung der Bevölkerung praktisch zu zeigen.

Soweit die Mitteilung. Wir sind der Auffassung, daß die Konfervenverteilung über Groß-Berlin einheitlich geregelt werden und daher der neuerrichtenden Lebensmittelbeschaffungsstelle für Groß-Berlin überwiesen werden müsse. Denn die letzte Verteilung hat geradezu unhaltbare Zustände gezeigt. Trotzdem allgemein bekannt ist, daß große Teile der Vorortbewohner in den Berliner Warenhäusern ihre Einkäufe decken, hat man die dort beschafften Konferven nur für die Stadt Berlin bestimmt und die Vorortbewohner ihrem Schicksal überlassen. Eine Menge Lautelei war die Folge dieser verkehrten Maßregel und viele Vororte mußten mit der gefährlichen Menge weit hinter Berlin zurückbleiben. Und dieselbe ungewöhnliche Verteilung soll nun wieder im Herbst vorgenommen werden?

25 Jahre Arbeiterrudersport. Am 16. Mai blüht der in Arbeiterkreisen wohlbelannte Ruderverein „Vorwärts“, Berlin, auf eine 25 jährige Tätigkeit zurück. Mit der geringen Zahl von 88 Mitgliedern ins Leben gerufen, weist er heute einen Bestand von 450 Mitgliedern auf, denen in den Bootsräumen am Wilhelmstrand in Oberdönhofsstraße ein Bootspark von 28 Vereins- sowie etwa 65 Privatbooten zur Verfügung steht. Anlässlich dieses Ereignisses findet am Sonnabend eine den Kriegsverhältnissen angepaßte Feier für die Mitglieder und deren Angehörige im Bootshaus statt.

„Was macht die Kunst?“ Diese Begrüßungsworte einer Frau an einen Mitreisenden in der Ringbahn ließ mich verwundert aufhorchen; sie klangen so ungewöhnlich, so erhaben über das Thema, das uns alle seit bald drei Jahren beherrscht. Aber aus der Antwort hörte ich nach einigem Dank für die Nachfrage alsbald eine zufriedene Heiterkeit und die Worte: „drei Pfund Butter!“ herans. O wie profan! Aber doch auch recht logisch. Denn drei Pfund Butter zu erlangen — ist das jetzt nicht die wahre Kunst? Früher ging sie nach Brot; na und jetzt angeht sie eben nach Butter.

Büdinge im Ueberfluß. Die Spekulation in Büdingen ist nicht gekühlt. Mit der schnell zunehmenden Wärme sind aus den verborgenen Tiefen Unmengen von Büdingen zum Vorschein gekommen, die offenbar schon lange gelagert haben und jetzt dem Publikum förmlich aufgedrängt werden, damit nicht große Verluste verberben. Der jetzige Preis von 20—30 Pf. für den Büding ist zwar auch noch hoch genug. Man soll aber beim Einkauf vorsichtig sein und sehr weiche Ware zurückschicken.

Die Berliner Schuljahrkassen müssen auf einige Zeit geschlossen werden. Ihre Wiedereröffnung soll so bald wie möglich erfolgen und wird dann öffentlich bekannt gemacht werden.

Keine Pfingstüberzüge. Der Ernst der Stunde verlangt dringend, daß die sonst üblichen Ausflüge und Vergnügungsfahrten zu Himmelfahrt und Pfingsten unterbleiben. Sonderzüge werden für diese Zwecke nicht abgefahren. Auf Zurückbleiben beim Weisentritt oder unterwegs ist um so mehr zu rechnen, als der Fahrkartenerwerb in vielen Fällen eingeschränkt werden muß. Bahnfahrkarten werden in der Zeit vom 18. bis 20. Mai nicht ausgegeben. Wer nicht unbedingt verreisen muß, der verzichte auf Benutzung der Eisenbahn.

Neue D-Züge Frankfurt—Berlin und Leipzig. Der D-Zug Frankfurt—Berlin, der auf dem Anhalter Bahnhof 6.58 nachmittags ankommt, wird vom nächsten Dienstag, den 15. Mai, ab nach Leipzig durchgeführt, wo er 4.06 nachmittags ankommt. Von demselben Tage ab wird ein neuer Schnellzug Frankfurt—Berlin eingelegt. Er geht von Frankfurt 7.30 vormittags, von Raumburg 2.22 und ist in Halle 3.18, in Berlin 5.53 nachmittags. Gleichzeitig wird jerner ein neuer D-Zug von Leipzig nach Frankfurt eingelegt, ab Leipzig 1.05 nachmittags, ab Raumburg 2.05, an Frankfurt 3.18 nachmittags.

In dem Raubmord in der Liebenowstraße. Der wichtigste Anhalt zur Ermittlung des Raubmörders ist der Hammer, mit dem er sein Opfer niederschlug. Nach der Besichtigung eines Sachverständigen ist es ein Handwerksammer. Der Kopf ist biederlich, der andere Teil verjüngt sich allmählich zu einer abgeflachten Schneide. Die linke Ecke dieser Schneide ist durch den Gebrauch noch weiter abgeflummt. Das läßt darauf schließen, daß der Hammer nicht in einem Haushalt, sondern in einer Werkstatt verwendet worden ist, vielleicht zum Strecken von Eisen. Brandspuren am Stiel zeigen, daß er mehrfach mit glühendem Eisen in Berührung gekommen ist, vielleicht mit Eisendraht. Der Kopf trägt als Fabrik- und Warenzeichen in drei Reihen die Zahl 900, dann die Bezeichnung Gußstahl und endlich ein Eisernes Kreuz mit drei Ringen, von denen der innere nur halb ausgeprägt ist. Der Sohn der Ermordeten befindet, daß seines Wissens seine Mutter einen Hammer dieser Art in ihrer Werkstatt niemals gehabt hat. Der Räuber wird ihn also aus einer Werkstatt oder aus den Räumen seiner Wirtstute entwendet haben.

Ein Straßenbahnzusammenstoß fand in der Nacht zum Montag an der Ecke der Schützen- und Charlottenstraße statt. Ein Wagen der Siemensbahn fuhr in einen Wagenzug der Linie 70 hinein, der gerade die Straßenecke passierte. Drei Personen wurden leicht verletzt.

Für 8000 Mark Stoffe erbeuteten Eindrehler, die am Sonntag am hellen Tage der Firma Heitinger u. Co., Dresdener Straße 20, einen Besuch abstatteten. Die Diebe durchdrangen den Eingang zu einer im zweiten Stockwerk gelegenen leerstehenden Wohnung und drangen von dort durch den Fußboden auf einer Drahtleiter in die darunter befindlichen Lager- und Geschäftsräume der genannten Firma. Dort wählten sie gute Herrenstoffe und die besten Futterstoffe aus. Die Beute schafften sie zunächst nach der leeren Wohnung, wo sie sie in mitgebrachte Koffer verpackten, und fuhren sie dann in einem Automobil fort. Die gemachte Beute hat einen Wert von etwa 8000 Mark. Passanten sahen, daß vor dem Hause ein Auto hielt und dann mit drei Männern, die verschiedene schwere Koffer aufzuladen hatten, davon fuhr. Niemand dachte jedoch daran, daß es sich am hellen Tage um einen Einbruchdiebstahl handle. Die Eindrehler hatten sogar die Dreifachigkeit, nochmals wieder zu kommen, um ihre erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. Diesmal wurden sie jedoch durch das Eingelassen einer Depeschentante gestört.

Nichters. Vereinstätigkeit der Kriegsmänner. Der städtische Nahrungsmittelaußschuß hat die bisher neben den Volksküchen bestehende Mittelhandelsküche aufgehoben, weil es der jetzigen Zeitlage widerspricht, in den öffentlichen Küchen verschiedene Gerichte je nach der Zahlungsfähigkeit der Einwohner abzugeben. Der Wunsch des Nahrungsmittelaußschusses ist, für alle Einwohner ein gleiches nahrhaftes und billiges Essen zu bieten. Deswegen ist das frühere Untertagegericht durch einen erheblichen Preiszuwachs vermehrt und der Inhalt der einzelnen Portion vergrößert worden. Nach einem neueren Beschluß des Ausschusses sollen aber künftig nicht mehr nur die in einem Topf zusammengelassenen Gerichte abgegeben werden, sondern es sollen abwechselnd Mahlzeiten verabfolgt werden, bei denen das Fleisch und möglichst auch die Gemüße und Beilagen auf besonderem Teller gereicht werden.

Neufuß. Lebensmittelverteilung. Jeder Verbraucher erhält morgen ab bei dem Kleinhändler, bei welchem er in die

Kartoffelmarkenliste eingetragen ist, auf Abschnitt 17 der Lebensmittelkarte 1 Pfund Sauerholz zu 20 Pf. Die Gültigkeit des Abschnittes 23 der Eierkarte ist bis morgen verlängert worden.

Steglich. Die Gemeindevertretung beschloß die Beteiligung der Gemeinde an der Kriegshilfskasse der Provinz Brandenburg, sowie den Beitritt zum Preussischen Landesausbau von Deutschlands Ernährer für Säuglingskuren. Für die neue Friedhofsanlage wurden als erste Rate 50 000 M. und weitere 10 000 M. zur Verlegung der Friedhofsgärtnerei bewilligt. Der Entschädigungsbetrag für die Pflanzenernterinnen (Vettererinnen) an den Gemeindefriedhöfen, der Bewilligung von Feuerungszulagen für die Lehrerinnen der katholischen Privatmädchenschule und der Neuregelung der Kriegszulagen für die bei der Gemeinde beschäftigten Personen wurde zugestimmt. 50 000 M. wurden bereitgestellt für die Veranschlagung von circa 1800 Schülern und Schülerinnen der Volks- und Mittelschulen. Für Einrichtung der letzten Kriegsküche in der Schützenstraße wurden 5000 M. bewilligt. Zurzeit werden täglich 9200 Portionen verabfolgt. In ausgiebiger Lebensmittelbeobachtung wurde die ungleiche Behandlung der Stadt- und Landgemeinden Groß-Berlins scharf getabelt. Baldige Besserung in dieser Hinsicht wurde in Aussicht gestellt. Auch die ungebührliche Behandlung der Käufer durch einzelne Händler am Orte wurde scharf gerügt, ebenso die unpolitische Zuführung der Waren durch die Gemeinde. Auf Anfrage erklärte der Gemeindevorstand, daß wegen der Kohlenverknappung für den nächsten Winter alles vorbereitet, ein positives Ergebnis bisher aber noch nicht erzielt worden sei.

In geheimer Sitzung wurden die Stundenlöhne der männlichen Gemeindefrieder um 15 Pf., der weiblichen um 10 Pf. erhöht. Zum unbesoldeten Schöffen wurde Gemeindevorstand Barthelemy (Hausbesitzerpartei) mit 17 Stimmen gewählt, 6 Stimmgewalt waren weig.

Weißensee. Aus der Gemeindevertretung. In den Bestimmungen der Kriegshilfskasse für Angestellte der Textilindustrie wurde eine Änderung beschlossen, die die fasseltliche Unterstützung aushebt und für die Bemessung der Unterstützung den durchschnittlichen Wochenverdienst zugrunde legt, die der zu Unterstützende in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 1. Juli 1914 gehabt hat, hiervon werden Dreiviertel bis zum Höchstbetrage von 18 M. gezahlt. Gleichzeitig wurden nach den Groß-Berliner Grundbüchern die Bestimmungen der Kriegshilfskasse für Erwerbstätige der Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie festgesetzt mit rückwirkender Kraft vom 1. August 1916. Der bereits bestehende Ausschuss für die Textilindustrie wird bis zur Neubildung von Ausschüssen der Bekleidungs- und Schuhwarenindustrie die Geschäfte übernehmen. In der geheimen Sitzung wurde beschlossen, ein Angebot auf Erwerb des englischen Gaswerkes in Weißensee nicht zu machen, da der Kreis Niederbarnim und Teltow, sowie auch die Stadt Berlin Angebote auf die gesamten Unternehmungen der englischen Gasgesellschaft stellen werden. Aus Hausbesitzerkreisen kam die von ihnen sonst bekämpfte Anregung, die Müllabfuhr von Gemeinde wegen zu übernehmen, da die privaten Unternehmungen völlig verlagten. Die Anregung soll nach Friedensschluß weiter verfolgt werden.

Lebensmittelnachrichten. In dieser Woche dürfen auf die Abschnitte 55 a, b und c der Kartoffelkarte nur 8 Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Hinsichtlich der Abschnitte 55 g und i ergibt sich noch besondere Bekanntmachung. Am Freitag und Sonnabend werden in den Gemeindeverordnungsstellen auf Abschnitt 9 der Eierkarte 3 Eier à 31 Pf. verabfolgt. In den Kolonialwarengeschäften können auf Abschnitt 55 b 125 Gramm Pasterisolen entnommen werden. Außerdem sind bei der Gemeinde geräucherter Fisch und Mischfleisch zu haben.

Niederbarnim. Lebensmittelnachrichten. Die Kopfstücke der Prokuren der laufenden Woche berechtigen zum Bezug von 250 Gramm Pasterisolen, 125 Gramm Rubeln und 125 Gramm Süßbratmarmelade. Die Preise betragen für Pasterisolen 44 Pf. das Pfund, für Rubeln 51 und 72 Pf., für Marmelade 90 Pf. Ein großer Pösten Wäbensenkraut wird ohne Karte abgegeben. — Mittags in Dosen zum Preise von 3,20 M. und 5,30 M. sowie Robbenkornbrot in Dosen von circa ein Pfund für 3,70 M. kommen im Gemeindefrieden zum Verkauf. — Auf den Halbabschnitt der Kartoffelkarte H darf bis auf weiteres nur ein Pösten Sühstoff verabfolgt werden. — Hühner- und Kälberfutter zum Preise von 35 Pf. das Pfund wird im Kellergericht des Rathhauses bis zum 18. Mai, nachmittags von 4 bis 6 Uhr abgegeben. In der Futtermittelstelle, Wilmersdorferstraße, werden Kartoffelflocken für 27 M. der Zentner abgegeben. — Die späten Saatkartoffeln gelangen Anfang der Woche zur Ausgabe.

Kartoffeln in dieser Woche 5 Pfund, auf den Eierartenabschnitt wird vom 14. bis 20. Mai ein Ei zum Preise von 31 Pfennigen abgegeben.

Vegetarische werden in der Bekleidungsstelle, Rathaus, Zimmer 34, nur noch von 9 bis 10 Uhr ausgefertigt.

Pankow. Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche gelangen wiederum zunächst drei Pfund Kartoffeln zur Ausgabe. Darüber, ob die an der in Aussicht gestellten Wobonation fehlende Menge noch nachträglich oder an deren Stelle Wehl zur Verteilung gelangt, wird gegen Ende der Woche festgestellt. Auf Bezugs- und Distributionsabschnitt 25 der Lebensmittelkarte wird in den feinsten gemachten Geschälten Speisefleisch abgegeben. Zur Verteilung gelangen 150 Gramm zum Preise von 11 Pf.

Tempelhofer. Lebensmittelverteilung. Die Vollmilcharten für Kranke, kranke Mütter und Kinder müssen im Laufe dieser Woche umgetauscht werden. Alles Röhre ist an den Anschlagläufen zu erziehen. — In dieser Woche soll anstatt des Kriegsmehls Weizen-Auszugmehl auf die Reichabschnitte der Brotkarten abgegeben werden. — Von morgen ab wird auf Abschnitt 16 und 17 der Eierkarte je ein Ei abgegeben. Die Abholung muß bis einschließlich Sonnabend erfolgen, sonst erlischt das Bezugsrecht.

Strig. Eierverteilung. Auf Abschnitt 19 der Eierkarte werden 3 Eier abgegeben.

Friedrichshagen. Lebensmittelverteilung. Heute gelangt auf Abschnitt H Sauerholz zur Verteilung. Auf jede Karte entfallen 2 Pfund à 20 Pf. Ferner findet auf dem Güterbahnhof von vormittags 8 Uhr ab an die Einwohner, die noch Saatkartoffeln in kleinen Mengen angemeldet haben, der Verkauf statt.

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Reinickendorf. West. Morgen, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung der Schiller, Antonienstr. 10. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag. Diskussion. Verschiedenes. Genossen, die auf dem Boden der Parteieinheit stehen, sowie „Vorwärts“-Leser sind eingeladen.

## Aus aller Welt.

### Ein Fürsorgezögling überbietet den „Hauptmann von Köpenick“.

Der erst 20 Jahre alte Fürsorgezögling und Schlossergeselle Spahn aus Berlin unternahm in Begleitung einer Berliner Halbweibsdame eine Bergnugungstour durch eine große Anzahl von Garisonorten Mitteldeutschlands, hauptsächlich Sachsens, und legte hierzu die Uniform eines Hauptmanns an, und gab sich als Kompanieführer einer Minenwerkkompanie aus. Mit Hilfe falscher Stempel hatte er sich die notwendigen Ausweispapiere verschafft. Mit zahlreichen Lebensbändern geschmückt, erschien er in den Kasernen, stellte Urklaubspässe und Freifahrtsscheine aus und revidierte die Militärwachen. Mit seiner Geliebten führte er ein gemächliches Hotel-





## Die Förderung deutscher Theaterkultur.

Von Heinrich Schulz.

Durch eine Versammlung im Beethoven-Saal, in der, wie schon berichtet wurde, eine Reihe bekannter und sachverständiger Männer über die Zukunft der deutschen Bühne sprach, ist die öffentliche Aufmerksamkeit auf eine Organisation gelenkt worden, über die man schon seit einiger Zeit hier und da die widersprechendsten Meinungen hören konnte. Die Redner jener Versammlung wendeten sich teils verblümt, teils unerschrocken gegen den „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“, in dem sie eine Bedrohung der künstlerischen Freiheit und den Versuch einer Bevormundung des deutschen Theaters sahen. Leider war in der Versammlung eine freie Erörterung nicht zugelassen, sonst würde ich sofort an Ort und Stelle dieser irigen Auffassung, die den schärfsten Vertreter in Wolfgang Heine gefunden hätte, entgegengetreten sein. Ich halte die Angelegenheit aber für wichtig genug, um ihr im „Vorwärts“ einige aufklärende Zeilen zu widmen, von denen ich wünsche, daß sie auch über Berlin hinaus von den Mitarbeitern in der Arbeiterbildungsstelle gelesen würde.

Was dem „Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur“ die in der Kriegszeit doppelt auffallende starke Beachtung in weiten Kreisen des Bühnenwesens und zugleich die erbitterte Feindschaft bestimmter Kreise eingetragen hat, ist auf die besonderen Geburts-umstände des Verbandes und auf Fehler und Ungeschicklichkeiten verschiedener Art in der bisherigen Art seiner öffentlichen Tätigkeit zurückzuführen.

Die Wege des Verbandes stand im katholischen Hildesheim und junge, literarisch interessierte Katholiken waren seine Geburtsstifter. Sie wurden unterstützt von jungen Literaten mit stark völkischem Einschlag. Dieser Umstand mußte die Oeffentlichkeit in die Irre führen. Wie kommen Katholiken dazu, sich so völkisch und so auffällig um die deutsche Theaterkultur zu bekümmern und sich geradezu als ihre Retter zu gebärden? Bei der bisherigen Stellung des Katholizismus zur Kunst im allgemeinen und der Stellung des Genirums zur Kunstpolitik mußte man mißtrauisch werden und hinter der Gründung ein heimliches Kuckuckswittern. Ich lasse dahingestellt, inwieweit bewußt oder unbewußt solche Absichten mitgespielt haben, wichtiger erscheint es mir, nach der psychologischen Begründung zu suchen.

Professor Balzel aus Dresden führte in der Versammlung im Beethoven-Saal aus, daß die dramatische Kunst die Aufgabe erfülle, dem Menschen in seiner inneren Unruhe und Zwiespältigkeit durch die Verkörperung seelischer Konflikte ein Spiegelbild und zugleich eine Entlastung zu schaffen. Von diesem Standpunkte aus bietet die dramatische Kunst, besonders seit unseren Klassikern, dem Katholiken wenig, sofern es sich um seine Weltanschauung und die aus ihr entspringenden inneren Kämpfe handelt. Das ist natürlich nicht die Schuld der dramatischen Kunst, sondern, soweit von Schuld überhaupt die Rede sein kann, eine Folge der Gleichgültigkeit des Katholizismus gegen die Literatur und besonders gegen die dramatische Kunst. Aber auch der Katholizismus befindet sich seit langem in innerer Zerrung. Seine jüngeren Elemente wollen aus dem Ghetto heraus, in dem sie eine überlebte Auffassung vom Wesen ihrer Weltanschauung festhalten möchte. Dieser innere Prozeß tritt äußerlich auf den verschiedensten Gebieten zutage, in der Politik, in den wirtschaftlichen Kämpfen, in der Wissenschaft, in der Kunst. Aus diesem Bedürfnis heraus entspringt auch die Hildesheimer Tagung zur Förderung deutscher Theaterkultur, wobei es vorläufig dahingestellt bleiben kann, ob dieses Motiv jedem Teilnehmer zum Bewußtsein gekommen ist oder nicht.

Da aber eine Förderung der Theaterkultur lediglich in dieser Begrenzung auch den leidenschaftlichsten Heißspornen als eine Unmöglichkeit erscheinen möchte, so zog man das Programm von vornherein weiter; man suchte sich und anderen einzureden, die besondere Räte der jungen Katholiken seien allgemeine Räte. Man forderte daher auch andere Kreise zur Mitarbeit auf. Dieser Einladung leistete, von anderen abgesehen, die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger Folge, indem sie ihren Präsidenten Nikel und ihren Rechtsbeistand, den Rammheimer Rechtsanwalt Dr. Seelig, auf die Tagung entsandte. Diese beiden Männer erkannten die Bedeutung aber sofort in ihrer eigentlichen Bedeutung; sie sahen in ihr nicht eine Angelegenheit der Weltanschauung und des literarisch-künstlerischen Programms, sondern eine Frage der Organisation zur Hebung und Förderung des Theaters.

Die weitere Entwicklung hat den beiden Männern recht gegeben. Sie sehen zunächst entgegen einigen begeisterten Programmrednern in Hildesheim durch, daß die Schöpfung des Verbandes einen neutralen, auf das Organisatorische gerichteten Charakter erhielt, sie bemühten sich ferner mit Erfolg, durch Heranziehung weiterer und ganz anders gearteter Kreise als die der Gründungsverammlung der neuen Bewegung die Einseitigkeit zu nehmen und sie partiell, interkonfessionell und unparteiisch zu gestalten. In Ramm-

heim traten die Arbeiterorganisationen der Bewegung bei, in Frankfurt und Köln später gleichfalls, Männer der verschiedensten Konfessionen und Parteien fanden sich zur Mitarbeit bereit, von unserer Partei unter anderen die Reichstagsabgeordneten Beck und Quard. Ich selber erhielt von Dr. Seelig die dringende Aufforderung zur Mitarbeit im Gesamtausschuß, um auch hier den besonderen Theaterinteressen der Arbeiter Sitz und Stimme zu verschaffen. Ich habe dieser Einladung Folge geleistet, nicht ohne anfängliches Zögern, angesichts der Weiterentwicklung der Dinge bin ich aber je länger je mehr zu der Erkenntnis gekommen, daß ich richtig daran getan habe, dem Verbands meine Mitarbeit nicht zu verweigern.

Diese Weiterentwicklung hat sich in der Richtung vollzogen, daß die anfänglichen Tendenzen des Verbandes nicht nur in den Hintergrund getreten, sondern völlig überwunden und von ihren eigenen Befürwortern restlos preisgegeben worden sind. Sie haben sich davon überzeugt, daß eine weltanschauliche oder kulturpolitische Begrenzung der Ziele des Verbandes diesen von vornherein als eine Kampforganisation stigmatisieren, die nicht beanspruchen kann, der deutschen Theaterkultur als solcher zu dienen. Andererseits haben sich die von Nikel und Seelig befürworteten und von anderen unterstützten Tendenzen so stark entwickelt, daß sie schließlich als das Programm des Verbandes gelten können.

Eine Aufgabe kann der Verband erfüllen, wenn er alle Organisationen, die sich mittelbar mit der Pflege des Theaters befassen, zu einem Zweiverband, zu einem Theaterionsumverband zusammenfaßt, um dadurch zweierlei zu erreichen: gute Vorstellungen und Besuch dieser guten Vorstellungen durch die Massen. Ein Beispiel möge den Gedanken näher erläutern. Wenn ein sozialdemokratischer Arbeiter einer Aufführung von Goethes „Faust“ beisteht, so trägt er eine andere Art der inneren Erhebung und Erbauung mit nach Hause als der katholische Handwerker oder der liberale Kaufmann. Alle drei vereint aber das gemeinsame Interesse, daß die Aufführung selber technisch so vollendet wie nur möglich ist. Alle drei können daher auch durch ihre Organisationen die Möglichkeit eines Zusammenwirkens suchen, um solche guten Vorstellungen zu schaffen. Sie haben ferner das gemeinsame Interesse, daß diese guten Vorstellungen von möglichst vielen ihrer Arbeitshilfen, Kollegen oder Gefinnungsgenossen besucht werden. Dieses Zweck werden sie gleichfalls durch organisatorisches Zusammenwirken ihrer Vereinigungen leichter erreichen, als wenn sie zusammenhanglos nebeneinander als gegeneinander wirkend und für den Theaterdirektor drei mehr oder weniger schwache Organisationen statt einer starken bilden.

Aber was hat der Verband, wenn er sich solche mehr nüchtern-proletarische Ziele setzt, dann noch mit „Kultur zu tun? Und was für Interesse können dann noch die „Produzenten“, die Dichter, an ihnen haben?

Wenn es durch Zusammenfassung der Kräfte, durch organisatorisches Einwirken auf die Theaterleitungen und Stadtverwaltungen, durch Schaffung guter Wandertheater für kleine Städte und Dörfer gelingt, gute Vorstellungen zu schaffen, und wenn es ferner gelingt, die Massen dafür zu gewinnen, so ist das allerdings eine sehr ernste und wertvolle Arbeit für die Pflege des Theaters, aus der Kultur im allgemeinen mannigfache Segenströme fließen, und die den Bühnengehörigen und den schaffenden dramatischen Dichtern unmittelbar zugute kommt. Dann kann man es der weiteren Entwicklung der Dinge und der Initiative der einzelnen örtlichen Arbeitsgemeinschaften überlassen, ob und inwieweit über dieses elementare Programm hinaus noch eine weitergehende Zusammenarbeit positiver Art zugunsten der Förderung der Theaterkultur möglich ist.

Ich habe in den ungefähr zehn Jahren unserer zentralorganisierten Bildungsarbeit immer wieder von neuem den starken Gegensatz zwischen dem starken Theaterbedürfnis der organisierten Arbeiter und der Schwierigkeit, ihn zu befriedigen, empfunden müssen. Wir haben mannigfache Versuche gemacht, diesen Gegensatz zu überwinden. Sie sind, abgesehen von den glänzenden Erfolgen einer Reihe von Bildungsausschüssen in großen und mittleren Städten mit günstigen Theaterverhältnissen, zumest gescheitert oder unzulänglich durchgeführt worden. Ich glaube deshalb, daß auch unsere Arbeiterbildungsausschüsse aus einem Zusammenwirken mit anderen Organisationen auf diesem Gebiete mannigfache Vorteile ziehen können. Ihrer Weltauffassung dürfen sie dabei natürlich nichts vergeben, was um so leichter ist, als bei dem rein organisatorischen Zusammenwirken zur Erzielung guter Theatervorstellungen die Weltanschauungsgegenstände so wenig eine Rolle spielen wie bei dem organisatorischen Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Erzielung günstigerer Lohn-, Arbeits- und Ernährungsverhältnisse. Andererseits können unsere Bildungsausschüsse bei solchem Zusammenwirken nicht mit leeren Händen. Sie bringen die Massen mit und ihre reichen organisatorischen Fähigkeiten und Erfahrungen.

Ich glaube deshalb den Bildungsausschüssen, soweit sie jetzt während des Krieges noch aktionsfähig sind und eine Aufforderung zur Weiterarbeit im Verbands zur Förderung deutscher Theaterkultur an sie herantritt, die tatkräftige Mitarbeit mit gutem Gewissen empfehlen zu dürfen.

## Die Verwertung von Pilzen und Wildgemüsen.

Zur Vorbereitung für eine ausgiebige Verwertung von Pilzen, Wildgemüsen, Wildsalaten usw. fand im Hofal des Physiologischen Institutes ein Vortrag statt, der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Verbindung mit dem Kriegsausschuß für Volksernährung veranstaltet war. Einleitend sprach Prof. R u b n e r über die Bedeutung der Pilze für die Volksernährung. Er ging davon aus, daß alle vorhandenen Nährwerte die größte Verwertung finden müssen. Als ein nicht zu unterschätzendes Volksernährungsmittel sind die Pilze zu betrachten. Für die Volksernährung ist aber nur das wert, was verbaut werden kann. Bei Pilzen sind allerdings die Zellmembranen schwer verdaulich, nur 38 Proz. werden restlos gelöst, während 74 Proz. ungelöst bleiben. Bei Feinpilzen gehen 80 Proz. der Kohlenhydrate verloren (bei Fleisch nur 4 Proz., Milch 5 Proz., gutem Mehl 4 Proz.). Dagegen ist das in den Pilzen enthaltene Eiweiß in höherem Grade verdaulich. Für die Monate Januar, Februar, März, in denen unsere Kost sehr einseitig und man kann sagen: proletarisiert war, kommt es jedoch nicht auf die Nährwerte allein, sondern auch auf die Abwechslung der Kost und die schmackhafte Form an. Das ist nicht allein eine Luxusfrage, sondern die anregenden Stoffe spielen in der Verdauung eine hervorragende Rolle. Wildsalate und Wildgemüse haben eine ähnliche Bedeutung wie Spinat und Salat. Brunnenkresse und Wermut sind ganz wenig holzig. Bevor man solche Gemüse zubereitet, müssen alle schlecht verdaulichen Stellen, wie man es ja auch bei dem Spargel macht, entfernt werden. Der Vortragende bespricht dann die Verdaulichkeit der grünen Gemüse und führt an, daß wenn man von getrockneten Pilzen allein leben wollte, man zwei Kilogramm verzehren müßte, bei Wirksingeln aber 14 Kilogramm. Mit Gemüse kann man also nur ein Zehntel bis höchstens ein Sechstel unserer Nahrung decken. Sehr wichtig ist die Preisgestaltung. Durch die hohen Preise, wie wir sie im letzten Winter erlebten, werden diese Nahrungsmittel der Volksernährung unmöglich gemacht. Auch die Organisation für die Sammlungen muß besser als im Vorjahre gestaltet werden. Damals waren die Anweisungen an die Gemeindevorsteher höchst mangelhaft, ungenau, ungeduldig, unverständlich. Der Sammler darf nicht an der unrichtigen Stelle einsehen, denn der Aufwand für die Ernährung der Kinder kann größer sein als die gewonnenen Nährwerte. Ebenso muß man mit der Ökonomie der Kräfte sehr sparsam sein. Es darf keine Konkurrenz mit landwirtschaftlichen Arbeiten eintreten. Diese geht vor. Natürlich ist es wünschenswert und besser, wenn die Pilze und Gemüse in frischem Zustande verwertet werden, wenn auch durch die Trocknung der grünen Gemüse deren Wassergehalt herabgemindert wird. Es hat sich gezeigt, daß in der Trocknung noch manches zu wünschen bleibt. Vielfach waren die Trocknungsmittel so schlecht, daß sie ungenießbar waren, durch Unreinheit und Gefährlichkeit ist da schon gefürchtet worden. Man muß sich klar werden, daß alles, was zur Ernährung dient, achtsam und sauber behandelt ist. Wenn die Sammlungen zustandkommen, dann darf die Ware nicht in spekulative Hände geraten, sondern muß möglichst an die Volkspfeisestellen geliefert werden.

Es folgten dann die belehrenden Vorträge.

## Notizen.

— **Theaterchronik.** Das Residenz-Theater veranstaltet im Wintersemester mit dem Kriegsausschuß eine Sondervorstellung der „Steiner-Nikels“ für Schararbeiter am 20. — Ob dieses Stück den Arbeitern Kunstgenuss verschaffen wird, scheint uns einigermaßen fraglich. Wir haben von vornherein einen Ausschlag für die Wahl der Stücke verlangt. Was ist daraus geworden?

— **Professor Gustav Jäger,** der Befürworter der Volksernährung, der vielseitig verdiente Wissenschaftler und Lebensreformer, ist in Stuttgart vierundachtzigjährig einem Schlaganfall erlegen.

— **Das Taschentelephon.** In Kopenhagen wurde dem Ingenieur E. Egerstedt ein Patent auf ein von ihm erfundenes Taschentelephon erteilt. Der Apparat ist ungefähr so groß wie eine Taschenuhr und mit einem kurzen Leitungsdraht sowie einem Strohkontakt versehen. Um ihn allgemein anwendbar zu machen, müßten an Hauswänden, elektrischen Leitungsstellen usw. Steckdosen angebracht werden, damit der Taschentelephon mit der Zentrale in Verbindung treten kann.

## Arbeiter.

Von Stijn Streubel.

Es war noch nicht dunkel, aber der Himmel war sehr trübe; der Nebel lag dick auf der Erde und der Wind führte in heftigen Stößen (scharfen, feinen Regen mit sich.

Draußen vor dem Gartenpfortlein nahmen die Männer Abschied. Ueber die Kinder wurde ein Kreuz gemacht. Ivo gab Ranse die Hand, und diese Gelegenheit benützte er, um, von den anderen ungehört, sein Geld abzuliefern. Mit einem Brummer und einem schnellen Ruck fühlte sie das Lederbeutelchen in ihrer Hand.

„Auf Wiedersehn!“ war alles, was er sagte. „Gut'n Tag, Jungens, und seid brav gegen die Mutter, verstanden!“

„n Tag, Ivo!“ — Und während sie selber ihre Schürze gegen die Wangen hielt, um den kalten Wind abzuwehren, fiel ihr mit einem Gefühl des Bedauerns und des Vorwurfs ein:

„Hältst du doch den Anzug gekauft, Ivo.“ sagte sie. „Da siehst du nun mit deinem dünnen Wams und deinem bloßen Hals.“

„Das ist das wenigste!“ begütigte er. Und um zu zeigen, daß es ihn nicht kümmerte, zog er seine Mütze tief herab, schlug den schmalen Kragen seiner Jacke auf und warf den Zwerchsaß über die Achsel.

Sarel und Emma standen abseits beisammen, um ihrerseits von einander Abschied zu nehmen. Sie hatten im Stillen ein wenig geküßelt, nun es aber darauf ankam, wollte er sich stark zeigen und nicht empfindsam sein. Er drückte zum letzten Male des Mädchens Hand und hielt sie einen Augenblick in der feinsten.

„Galt' dich stramm, laß es dir gut gehn... und es bleibt bei dem, was wir abgemacht haben!“

Sie gingen. Die fünf oder sechs Schnittler in einer Gruppe, den Kopf gegen den Wind vorgeneigt, den Zwerchsaß auf dem Rücken und die Hände tief in den Hosentaschen vergraben. Sie gingen nebeneinander über den lehmigen Weg, über ihnen der Abend und rings um sie dichter Nebel. Die Pispel ihrer Salstücher flatterten ihnen mit klatschendem Geräusch um die Ohren, und Anlands blauer Mittel blies sich über dem Rücken auf wie eine Blase, so daß er einem

Buckeligen glich. In kurzer Zeit erkannte man nur noch an den Beinen, daß es menschliche Gestalten waren, das übrige war ein dichter Klumpen, der sich anstarrte, im Nebel unterzutauchen.

Die drei Frauen hatten ihnen nachgestarrt, bis Schneedes Schwester die Bemerkung machte:

„Nun muß es gerade noch so schändliches Wetter werden!“

Sie und Emma wollten sich entfernen.

„Kommt noch ein wenig rein.“ schlug Ranse vor. Aber Emma gab vor, sich in der Dunkelheit zu fürchten, und die andere wollte auch am liebsten direkt nach Hause. Sie hatten einander nichts zu sagen und wollten am liebsten bei sich behalten, was sie empfanden.

Ranse ging dann allein hinein und streckte die Beine ins Bett.

Ihre Enttäuschung war jetzt vorüber. Nachdem es einmal vollzogene Tatsache war, konnte ihr einfaches Gemüt nicht mehr trauern über Dinge, die hätten anders sein können.

Leute, die großes und vieles Elend erduldet haben, stellen geringere Anforderungen in bezug auf das, was nicht direkt mit des Lebens Notdurft zusammenhängt; ihre eigenen Wünsche oder Mängel zählen nicht viel, und sie geben sich nicht gerne unnötiger Traurigkeit über nebensächliche Dinge hin. Sie sind gewöhnt, sich ins Unvermeidliche zu fügen, und verlangen nur das Alternotwendigste. Das Schlimmste, was sie fürchten, ist der Hunger. Darum war Ranse bereit, auf alle ihre Wünsche zu verzichten, und ohne Nachdenken opferte sie ihre ganze Empfindsamkeit hinsichtlich ihres Mannes, wenn nur Arbeit und Geldverdienst dafür entschädigte.

Dieser Abschied aber, dieser trübe Abend, diese plötzliche Anspannung, wo sie Lust und Leben erwartet hatte, dieser Gegensatz stimmte sie wehmütig, und nachdem sie jetzt allein im Hause war, ließ sie sich von ihren Empfindungen übermannen und weinte leise. Endlich dachte sie an das Geldbeutelchen in ihrer Schürzentasche, und von Kengierde geplagt, entleerte sie es in ihren Schoß und begann zu zählen. Es waren silberne Fünf- und Zwei- und Einfrankstücke und zwei kleine Goldstücke. Sie erschrak bei dem Gedanken, einen solchen Schatz hüten zu müssen, und nachdem sie lange die Münzen gezählt und wieder gezählt, suchte sie ringsum nach einem Plätzchen, wo sie das Geld gut genug

verstecken könne. Zum ersten Male empfand sie die Angst und den Schrecken vor Dieben, Eindringern und Mördern.

Die Männer hatten noch zwei gute Stunden Wegs zurückzulegen. Die Richtung ward ihnen durch die großen Vogenlampen gewiesen, die drüben am Horizont hingen wie eine Reihe Sterne und in dem Nebel von einem großen roten Hof umgeben waren.

Sie schritten wader fürbaf, wenn sie auch einander in der Dunkelheit nicht sahen, und sie mußten laut gegen den Wind rufen, um sich gegenseitig zu berühren. Sie schwächten, um sich den Weg abzukürzen. Sarel schien sein Liebchen schon vergessen zu haben, es war, als sei sei es nach aller Erwartung ausgefallen und ein ganz gewöhnliches Ereignis, daß sie sich hier auf dem Wege nach Balenland befanden. Nur Ivo blieb schweigsam und in sich gefehrt und schritt, in seine eigenen Gedanken vertieft, ein wenig abseits von den anderen einher. Er konnte seine Enttäuschung noch nicht meistern, nicht vergessen, was er sich als sicher vorgestellt hatte. Um so weniger, weil ihm graute vor dieser Zuckerfabrik, vor dem Balenland und dieser ganzen Gegend. Er hatte schon früher dort gearbeitet und dachte jetzt mit Schrecken an jenes Ungeheuer mit seinem Lärm und seinem Getöse, seinem Dampf und seinem Gestank, mit den schrecklichen Kesselrachen, die unablässig Räden fressen, die immerfort, Tag und Nacht gefüttert werden müssen und ihren Fraß erbarmungslos zernahlen und zermahlen, schnecker, als man ihn mit hundert Armen und hundert vollen Schaufeln hineinwerfen kann. Er kannte die große Maschinenkammer, die Werkplätze mit ihrem Geräusch und ihrem Gestampf und den süßlich-saden Geruch des Zuckers, der wie Dred und trüber Auswurf unten aus den Kesseln tropft und weiter getrieben wird in andere Gefäße. Er sah das ganze Ungeheuer vor sich stehen mit seinen hohen Schornsteinen und seinen formlosen, unordentlich zusammengedrängten Pauslichkeiten, und die Rädenhaufen, die Berge von Räden, einen neben dem andern... und die Schiffe, die am Kai lagen, und die Schiffe, die auf der Schelde daher fuhren und immer neue Ladungen Räden brachten. Er selbst sollte nun bald mit den anderen Männern, mit der Last auf der Schulter, den endlosen Gang über die Laufplanken machen vom Schiff nach dem Kai und vom Kai nach dem Schiff.

(Schluß folgt.)

